

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 24. 10. 1989

WORT UND WIDERWORT

Muß der Verbraucherschutz vor dem EG-Binnenmarkt geschützt werden?

Die Gefahr sei nicht von der Hand zu weisen, daß eine Harmonisierung der Verbraucherschutzvorschriften auf niedrigem Niveau erfolgen werde. Dies werde zu einer Absenkung erreichter Schutzstandards führen. Die Vorteile des Europäischen Binnenmarktes müßten aber vor allem den Verbrauchern zugute kommen. Verbraucherrechte seien europaweit abzusichern und zu stärken. Ein Höchstmaß an Verbraucherschutz müsse gewährleistet und eine Gesamtkonzeption europäischer Verbraucherpolitik entwickelt werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Horst Sommerfeld**. Der CDU-Abgeordnete **Manfred Heinemann** vertritt den Standpunkt, gesondert vereinbarte europäische Normen seien für einzelne Produkte erforderlich. Dabei sollte man sich auf Verbrauchergesundheit und -sicherheit konzentrieren. Aber grundsätzlich sei ein unbehinderter internationaler Waren- und Dienstleistungsaustausch die beste Politik zugunsten des Verbrauchers. Ein „Schutz des Verbraucherschutzes“ sei durch die Öffnung des Binnenmarktes sicher nicht notwendig. Der F.D.P.-Abgeordnete **Friedel Meyer** betont, die Forderung an die Europäische Gemeinschaft sei, daß EG-weit sämtliche Produkte klare Auskunft über ihre Zusammensetzung geben müßten. Eine derartige Ausweisung reiche aus, um den mündigen Verbraucher entscheiden zu lassen, welches Produkt er bevorzuge. Eine Vereinheitlichung der Produkte aufgrund diverser Vorschriften halte die F.D.P. für bürokratisch übertrieben, es würde eher zu Verwirrungen führen können. (Seite 2)

Konzepte gegen rechtsradikale Kräfte gefordert

Zunehmend Einfluß auf Jugendliche

Gegen den Einfluß rechtsradikaler Kräfte auf Jugendliche hat die SPD im Landtag wirksame Konzepte gefordert. Nach Auffassung der CDU gibt es derzeit eine größere Bereitschaft bei jungen Menschen, extreme Parteien zu unterstützen. Die F.D.P. sprach sich für eine eindeutige Trennung zwischen Demokraten und Radikalen aus.

Die SPD forderte den Abbau von Massenarbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit und Perspektivlosigkeit, die nicht zuletzt Grundlage für das Wahlverhalten zugunsten rechtsextremer Parteien bildeten.

Von der CDU wurde eine Politik „mit Ecken, Kanten und Ehrlichkeit“ gefordert, weil Jugendliche zunehmend eine „Politik der Beliebigkeit“ ablehnten.

Nach Aussagen der F.D.P. sind alle demokratischen Parteien aufgerufen, Antworten auf komplexe aktuelle Probleme zu geben, etwa in der Ökologiepolitik, bei der Rentensicherung oder im Kampf gegen Aids.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) warnte vor einer Vermischung von Grünen

und Republikanern. Dies komme einer Verharmlosung der Schönhuber-Partei gleich, die im Verdacht stehe, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. (Seite 4)



Tendenz: steigend

Die Woche im Landtag

Regierungserklärung

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung zu den Beziehungen zur DDR und den Staaten Osteuropas Stellung genommen. (Seite 3)

Frauenquote

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen eine Frauenquote von 50 Prozent im öffentlichen Dienst gesetzlich vorgeschrieben. (Seite 5)

Erfassungsstelle

Die Frage, ob die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter weiter mitgetragen werden soll oder nicht, stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. (Seite 7)

Satellitenfernsehen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein drittes privates Fernsehprogramm regelt ein Satellitenfernseh-Staatsvertrag. (Seite 9)

Landschaftsverbände

Einen besonderen Zuschlag forderten die Landschaftsverbände wegen gesteigerter Personal- und Sozialhilfekosten bei der Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz. (Seite 12)

Chinesen

Für alle chinesischen Studenten ist mittelfristig gewährleistet, daß sie ihr Studium in Nordrhein-Westfalen zu Ende führen können. (Seite 16)

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Auf Verbraucherzentralen kommen viele neue Aufgaben zu

Von
Horst Sommerfeld

Der Binnenmarkt 1992 nimmt mehr und mehr konkrete Formen an. Von zentraler und bisher allgemein unterschätzter Bedeutung sind dabei die Auswirkungen auf den Verbraucherschutz. Der im vergangenen Jahr bekannt gewordene Lebensmittelkandal, als in verschiedenen Olivenöl-Sorten das giftige Per gefunden wurde, hat deutlich gemacht, wie dringend notwendig eine europäische Verbraucherpolitik ist. Was hilft die schönste Verbraucherpolitik in einem der Mitgliedsländer, wenn über den Grundsatz des freien Warenverkehrs innerhalb des Gemeinsamen Marktes aus Ländern mit geringeren verbraucherpolitischen Anforderungen entsprechende Waren eingeführt und verkauft werden können.

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Harmonisierung der Verbraucherschutzvorschriften auf niedrigem Niveau erfolgen wird. Dies wird zu einer Absenkung erreichter Schutzstandards führen. Die Vorteile des Europäischen Binnenmarktes müssen aber vor allem den Verbrauchern zugute kommen. Verbraucherrechte müs-

Von
Manfred Heinemann

Die Europäische Gemeinschaft nimmt sich seit langem des Verbraucherschutzes an. Befürchtungen, der deutsche Verbraucher sei durch den EG-Binnenmarkt ernsthaft gefährdet, ist unbegründet — leben denn die Menschen in unseren Nachbarstaaten völlig ungeschützt, gefährlich und ohne Sicherheitsnormen?

Trotzdem fragen sich viele deutsche Verbraucher: „Wer schützt uns vor dem Binnenmarkt?“ Angebrütete Eier aus Holland für deutsche Teigwarenhersteller, „PER“ in Olivenöl, Nematoden-Würmer in Frischfisch und Kälbermast mit illegal importierten Dopingmitteln — wird der deutsche Konsument schutzlos skrupellosen Profitmachern ausgeliefert?

Mitnichten — denn der Verbraucherschutz gilt als eine wichtige Aufgabe in der derzeitigen EG-Konsumentenpolitik! So einigte sich beispielsweise noch unter Bonner Präsidentschaft der Ministerrat auf eine Richtlinie für die Sicherheit von Spielzeug. Sie enthält keine Einzelvorschrift (wie die oft verspotteten Brüsseler Harmonisierungsrichtlinien für Traktorsitze), sondern erlegt jedem Hersteller auf, die Verletzungsgefahr von Kindern der jeweiligen Altersklasse, für die das Spielzeug bestimmt ist, auszuschließen.

Grundlegende Sicherheitsniveaus im Rahmen einer allgemeinen Verpflichtung zur Herstellung von Waren sind möglicherweise bei einigen Warentypen nicht hoch genug. Deshalb sind ge-

Von
Friedel Meyer

Grundsätzlich begrüßt die F.D.P.-Landtagsfraktion, daß die Zollschränke innerhalb Europas fallen. Dieses gibt der Wirtschaft einen weiteren Aufschwung und bringt dem Verbraucher eine Vielzahl von Vorteilen.

Mit der Öffnung der Märkte werden aber auch Produkte aus anderen EG-Ländern zu uns Eingang finden, die nicht unseren Sicherheitsbestimmungen, nicht unserem Reinheitsgebot oder unseren DIN-Normen entsprechen.

Es gibt nun zwei Wege aus dieser Situation herauszukommen, nämlich die eine Seite verlangt nach europaweiten Reglementierungen für alles und jenes, und die andere Seite sagt, es reicht, wenn die Produkte einer Kennzeichnungspflicht unterliegen.

Was ist dagegen einzuwenden, wenn jemand eine mit Soja hergestellte Wurst verköstigen will, statt der nach unseren deutschen Vorschriften hergestellten Fleischwurst? Allein der mündige Bürger hat zu entscheiden, welche Produkte seinen Vorstellungen und seinem Geldbeutel entsprechen.

SPD: Einheitliches Konzept für ganz Europa entwickeln

sen europaweit abgesichert und gestärkt werden; ein Höchstmaß an Verbraucherschutz muß gewährleistet werden. Dafür muß eine Gesamtkonzeption europäischer Verbraucherpolitik entwickelt werden, die klare Prioritäten für den Verbraucherschutz setzt.

Auch auf die Verbraucherzentralen kommen vielfältige neue Aufgaben hinzu. Die mangelhafte Transparenz beim Angebot neuer Finanzdienstleistungen aus dem Ausland, die lückenhafte, nicht hinreichend koordinierte europäische Lebensmittelüberwachung werden ebenso wie die unzureichende, erklärungsbedürftige Kennzeichnung neuer Produkte mit Herkunft aus einem EG-Mitgliedsstaat die Nachfrage nach Beratungsleistungen ansteigen lassen. Angesichts dieser Aufgabenausweitung wird eine Aufstockung der Haushaltsmittel für die Verbraucherberatung in Bund und Ländern unumgänglich sein. Nordrhein-Westfalen geht hier mit gutem Beispiel voran und stellt für 1990 10,7 Millionen Mark für die Verbraucherberatung zur Verfügung. Es kann aber nicht hingenommen werden, daß der finanzielle Beitrag des Bundes seit Jahren de facto eingefroren ist und daß im Bundeshaushalt 1989 keine zusätzlichen Mittel für Verbraucherschutz und -beratung eingestellt worden sind.

CDU: Verbraucher durch Binnenmarkt nicht gefährdet

sondert vereinbarte europäische Normen für einzelne Produkte erforderlich. Dabei sollte man sich auf Verbrauchergesundheit und -sicherheit konzentrieren.

Natürlich ist der Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen selbstverständlich. Aber grundsätzlich ist ein unbehinderter internationaler Waren- und Dienstleistungsaustausch die beste Politik zugunsten des Verbrauchers. Der Abbau von Hemmnissen beim Vertrieb von Waren wird die Angebotsvielfalt, aber auch den Wettbewerb vergrößern. Wegen unterschiedlicher Bestandteile und Produktionsverfahren werden einheitliche Normen und Standards notwendig, damit der Verbraucher eine klare Orientierung und Vergleichsmöglichkeit hat.

Nun wird aber zum 1. Januar 1993 der deutsche Markt nicht urplötzlich mit EG-Waren überschwemmt werden. Der Handel ordert erfahrungsgemäß neue Produkte sehr vorsichtig und wartet die Kundenreaktion ab. Die überzogenen Befürchtungen vor dem sogenannten „EG-Chemie-Bier“ sind hierfür ein gutes Beispiel. Die Verbraucherorganisationen werden für einige Zeit ihre Informationspolitik verstärken müssen, um dem Verbraucher zu helfen, den Überblick über die nach und nach erhöhte Produktvielfalt zu behalten.

Ein „Schutz des Verbraucherschutzes“ ist durch die Öffnung des Binnenmarktes sicher nicht notwendig, zumal die Verbraucherorganisationen in Deutschland stark genug sind, sich entsprechend Gehör zu verschaffen und auch eine enge Zusammenarbeit mit dem EG-Verbraucherverband (BEUC) gewährleistet ist. Der Verbraucherschutz in Deutschland sollte hierin Aufgabe, Chance und Bewährung sehen!

F.D.P.: Gütesiegel und Kennzeichnungspflicht

Hier halten wir es für notwendig, daß der Verbraucher aufgrund der Verpackung bereits erfährt, was in dem Produkt enthalten ist, so wie es bei uns heute bereits der Normalfall ist. Dieses wäre für uns die Forderung an die Europäische Gemeinschaft, daß EG-weit sämtliche Produkte klare Auskunft über ihre Zusammensetzung geben müssen. Eine derartige Ausweisung reicht aus, um den mündigen Verbraucher entscheiden zu lassen, welches Produkt er bevorzugt. Eine Vereinheitlichung der Produkte aufgrund diverser Vorschriften halten wir für bürokratisch übertrieben, es würde eher zu Verwirrungen als zu praktischen Entscheidungen führen können.

In diesem Sinne ist auch wichtig, daß für Fleisch und Fleischprodukte, die von artgerechten, nicht mit Medikamenten und Chemikalien behandelten Tieren gewonnen werden, durch ein Vertrauenssiegel gegenüber dem Bürger gekennzeichnet werden. Eine optische Beurteilung von Fleisch ist selbst für geschulte Augen fast unmöglich. Gerade in diesem Bereich müssen vertrauensbildende Maßnahmen greifen.

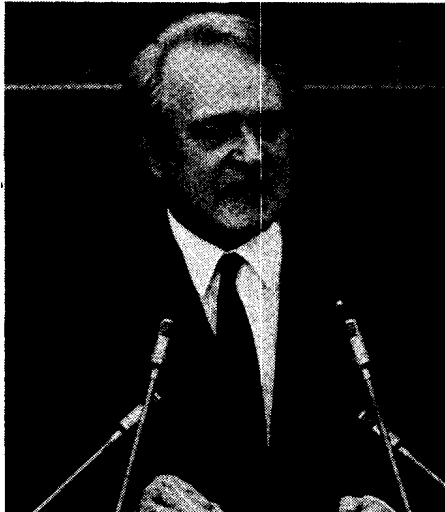
Grundsätzlich bedeutet Öffnung des EG-Binnenmarktes für den Verbraucher ein größeres Angebot, eine größere Auswahl und somit eine stärkere Konkurrenz, was dem Verbraucher grundsätzlich nur Vorteile bringen kann.

Regierungserklärung zu den Reformbestrebungen

Land leitet erste konkrete Hilfsmaßnahmen in die Wege

In einer Regierungserklärung hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am 19. Oktober vor dem Landtag eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa angekündigt. Der Ministerpräsident rief gleichzeitig dazu auf, den Weg zu Reformen in der DDR zu fördern und alles zu unterlassen, was ihn gefährdet. Die Opposition begrüßte die Hilfsmaßnahmen, verlangte aber näheren Aufschluß über die geplanten Projekte.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) führte aus: „Die dramatischen Ereignisse dieser Tage in der DDR sind Teil eines umfassenden Veränderungsprozesses von historischem Ausmaß. Was vor einigen Jahren in der Sowjetunion mit Michail Gorbatschow begonnen hat, was sich in Ungarn und Polen in je eigener Weise fortgesetzt hat, hat auch die DDR erfaßt.“ Hier wie andernorts wollten die Menschen mitreden, mitbestimmen, mithandeln und vor allem über sich selbst bestimmen. Das habe Auswirkungen über das jeweilige Land hinaus und werde auch Folgen für die künftige Ordnung Europas haben. Rau: „Diese Entwicklung kann die schmerzhaften Ereignisse des Zweiten Weltkriegs im Interesse aller Menschen in Europa überwinden und den Grenzen das Trennende nehmen.“ Diese historische Situation verbiete es, „daß wir abwartend beiseite stehen oder sogar auf ein Scheitern der Reformer spekulieren. Wir müssen alles tun, damit die Reformer vorankommen und Erfolg haben können.“ Dazu wollte die Landesregierung ihren Beitrag leisten, fuhr der Regierungschef fort. Schon beim Besuch des sowjetischen Staatsoberhauptes im Juni in NRW hätten sich neue Chancen für die Zusammenarbeit eröffnet. Mitte November werde der Landesumweltminister in die Sowjetunion zusammen mit einer Wirtschaftsdelegation reisen, um die Zusammenarbeit in der Umwelttechnik, bei der Modernisierung von Kohlekraftwerken, weiter voranzubringen. Er, Rau, gehe davon aus, daß er bei seinem Besuch in der Sowjetunion Ende November konkrete Vereinbarungen unterzeichnen könne. Was die Intensivierung der Beziehungen des Landes zu Polen angehe, so habe die Landesregierung beschlossen, zehn Millionen Mark für kurzfristig wirksame Maßnahmen im humanitären Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung werde dem Landtag einen entsprechenden Ergänzungsvorschlag zum Haushalt 1990 vorlegen. „Wir wollen mit diesen Mitteln auch weitere Spenden, zum Beispiel der Pharmaindustrie, für Arzneimittel einwerben“, erklärte Rau und begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Portokostenhalbierung für Pakete nach Polen, wo es nach seinem Wissen in diesem Winter sicher Hunger geben werde. Insgesamt gebe es 40 konkrete Vorschläge, die die Landesregierung grundsätzlich



Ministerpräsident Johannes Rau: „Annäherung durch Wandel.“ Foto: Schüler

gebilligt habe. Die Landesministerien seien gebeten worden, diese Projekte weiterzuentwickeln, damit sie rasch konkretisiert werden könnten.

NRW sei nicht das einzige Land, das zur praktischen Zusammenarbeit bereit sei, setzte der Ministerpräsident seine Rede fort. Damit aus dem, was andere Bundesländer in ihrer Verantwortung tun, kein unfruchtbarer Wettlauf werde, „will ich möglichst viel Information und Abstimmung der Länder untereinander“. Darüber werde unter seinem Vorsitz die Konferenz der Ministerpräsidenten in der kommenden Woche in Düsseldorf beraten.

Er heiße die zehntausenden von Menschen bei uns willkommen, die in den vergangenen Monaten aus der DDR gekommen seien, „sie brauchen und sie haben Anspruch auf unsere Unterstützung“. Wenn man das wolle, dann dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, „Aussiedler und Übersiedler würden bei der Vergabe von Wohnungen, von Kindergartenplätzen, bei der Arbeitssuche bevorzugt, auf Kosten vieler anderer, die auch Anspruch auf Hilfe haben“. Man dürfe nicht zulassen, daß Aussiedler ausgespielt würden gegen Langzeitarbeitslose oder Übersiedler gegen Menschen, die seit langem eine bezahlbare Wohnung suchten. Mit Blick auf die Demokratiebewegung in der DDR appellierte der Ministerpräsident an die dortige Führung, dieses Angebot anzunehmen und tatsächlich Dialog an die Stelle von Konfrontation zu setzen. „Die Verhältnisse in der DDR müssen sich so ändern, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben wollen. Das dient allen. Niemand kann Interesse haben an einer Völkerwanderung von Ost nach West, auch zwischen den beiden deutschen Staaten.“

Rau, der die DDR-Absage der geplanten Kulturpräsentation des Landes in Leipzig bekanntgab, unterstrich die Bereitschaft zum Dialog auf politischem und kulturellem Gebiet. Man sei willens, die traditionell starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und NRW zu festigen und weiter auszubauen.

Der in Gang gekommene Veränderungsprozeß in der Mitte und im Osten Europas biete Chancen und Herausforderungen. Nun müsse so gehandelt werden, daß „wir uns

Fortsetzung Seite 6

Fehlbelegerabgabe

Mittel werden zum Bau neuen Wohnraums verwandt

In zweiter Lesung hat der Landtag einstimmig das Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land NRW (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 10/1091) auf der Basis der Beschlußempfehlung des zuständigen Städtebauausschusses (Drs. 10/4731) verabschiedet. Ebenfalls einstimmig nahmen die Abgeordneten einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema (Drs. 10/4772) an.

Volkmar Schultz (SPD) sagte: „Wer sich für den sozialen Wohnungsbau einsetzt, muß auch ja zu dieser Fehlsubventionierungsabgabe sagen.“ Denn wer nicht mehr eine Subvention zu Recht in Anspruch nehme, der müsse aus Gründen der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit zu einem Ausgleich herangezogen werden; das habe auch das Bundesverfassungsgericht uneingeschränkt bestätigt. Der Abgeordnete erläuterte die wichtigsten Bestimmungen und Auswirkungen des Gesetzes und verwies auf die dramatisch verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt hin, die sich noch zuspitzen werde, wenn Mitte der 90er Jahre durch planmäßige oder vorzeitige Rückzahlung von Darlehen der Bestand an Sozialwohnungen auf etwa die Hälfte des jetzigen absinken werde. Besonders unterstrich Schultz, daß die Fehlbelegungsabgabe wieder zum Bau neuer preiswerter Mietwohnungen eingesetzt werde; so seien für die 450 Millionen Mark, die die Abgabe von 1984 bis 1988 erbracht habe, mehr als 4 000 Sozialwohnungen gefördert worden.

Wolfgang Jaeger (CDU) stellte fest: „Obwohl die Wohnungsnot zum großen Teil von der Landesregierung verschuldet ist, wird die CDU berechtigte Bedenken heute zurückstellen und auf Zeit einer Erhebung der Fehlbelegerabgabe zustimmen.“ Wenn der zuständige Minister den entsprechenden Kabinettsbeschluß ausgeführt hätte, dann „gäbe es heute im Lande NRW 68 000 Wohnungseinheiten mehr“. Stattdessen aber habe man Geld für die Neue Heimat „verplempert, ohne einen zusätzlichen Quadratmeter Wohnraum geschaffen zu haben“. Durch das neue Gesetz seien ein paar Ungereimtheiten beseitigt worden, es bringe so in Teilbereichen etwas mehr Gerechtigkeit. Eine zeitliche Zustimmung sei möglich, da die Auswirkungen der Fehlbelegerabgabe erheblich überschätzt würden.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) nannte die Abgabe weiterhin eine „stumpfe Waffe“, da sie nur pauschaliert erfolge. Es sei wegen der vorhandenen Mietspiegel für die Gemeinden durchaus nicht komplizierter, den tatsächlichen Differenzbetrag zwischen örtlicher Vergleichsmiete und subventionierter Sozialmiete bei den Fehlbelegern abzuschöpfen. Diese Mittel sollten dann zweckgebunden zur weiteren Wohnungsbauförderung eingesetzt werden, riet er und regte an, zusätzliche Anreize für die zu schaffen, die eine fehlbelegte Sozialwohnung freimachen. Seine Fraktion stimme trotz erheblicher Bedenken zu.

Sumpf rechtsradikaler Ideologien in Bundesrepublik noch nicht ausgetrocknet

Fraktionen: Antwort muß glaubwürdige Politik sein

Helmut Hellwig (SPD) erklärte bei der Begründung des Antrags seiner Fraktion, der Sumpf rechtsradikaler Ideologien und die ihm vorgelagerten Bereiche von Vorurteilen und Fremdenhaß seien in der Bundesrepublik noch nicht ausgetrocknet. „Wer offenen Auges durch unser Land geht, kann an Schmierereien an vielen Wänden, an Verhaltensweisen mancher Deutscher gegenüber Ausländern oder anderen Fremden erkennen, daß dieser Sumpf seine Anziehungskraft noch nicht verloren hat“, sagte der Abgeordnete. Nachgewachsen an diesem Sumpf sei eine neue Gruppierung, die sich zu Unrecht „Republikaner“ nenne, die dank eines weiterfahrenen Mannes, der die Maske eines Biedermannes trage, Chancen habe, gesellschaftlich anerkannt zu werden. Für das politische Verhalten vieler Bürger spielten Angst, Parteienverdros-

Fragen, warum junge Leute heute extreme Parteien wählen, warum der demokratische Konsens bröckelt und warum eine wachsende politische Beliebtheit ein Vakuum öffnet, in das rechte Vorführer mit ihren Sprachvereinfachungen und einem ewig gestrigen Weltbild eindringen können, standen im Mittelpunkt einer Aussprache über den Antrag der SPD-Fraktion zu rechtsradikalen Einflußnahmen auf junge Menschen (Drs. 10/4511). Der SPD-Antrag sieht unter anderem gemeinsame gesellschaftliche und persönliche Ursachen bei Jugendlichen in Drogensucht, Jugendreligionen, Spielsucht, Jugendkriminalität und Rechtsextremismus. Das Papier fordert dazu auf, politische Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen zu schaffen und die Jugendarbeitslosigkeit konsequent zu beseitigen. Um rechtsextreme Tendenzen unter jugendlichen Fußballanhängern einzudämmen, wird in dem Antrag zur Entwicklung von speziellen Fan-Projekten geraten. Außerdem wird gefordert, gegen die Verbreitung menschenverachtender neofaschistischer Computerspiele vorzugehen. Der Antrag wurde unter Federführung des Hauptausschusses in die Ausschußberatungen überwiesen.

man eigentlich verhindern könne, daß solche radikalen Bestrebungen und Kräfte wüchsen. Der Abgeordnete gestand „ehrlich und offen“: „Ich habe darauf keine Patentantwort.“ Es gebe vielleicht keine Patentantwort. Der Abgeordnete sagte ferner, viele der Argumente, die vorgetragen worden seien, seien richtig und notwendig. Aber er denke, ein solcher Antrag wie der, der von der SPD-Fraktion vorliege, helfe da überhaupt nicht, wenn nicht ein politisches Handeln von denjenigen hinzukomme, die in diesem Land Politik gestalteten, die glaubwür-

unter Hinweis auf Weimar die Mahnung an, alles zu tun, um zu verhindern, „daß sich Links- und Rechtsextreme erneut gegenseitig hochschaukeln“. Es sei falsch, wenn die SPD in ihrem Antrag Massenarbeitslosigkeit, neue Wohnungsnot und Existenzängste als Grundlage für den Erfolg der sogenannten Republikaner beschreibe, denn mit den gleichen Vokabeln kritisiere sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Darin stecke der „nicht hygienische Vorwurf“, die Bundesregierung habe zur Stärkung der Republikaner beigetragen und man hätte nur auf die SPD hören müssen, um diese Gruppierung nicht zu stark werden zu lassen.

Notwendig sei ein einheitliches Bekenntnis zur Trennlinie zwischen allen Demokraten auf der einen Seite und Radikalen auf der anderen Seite, „bekennen wir uns doch zu den Vorteilen und Nachteilen der Demokratie“, regte der Sprecher an, „bekennen wir uns auch zum angeblich so unattraktiven demokratischen Alltag, zur Kompliziertheit demokratischer Entscheidungsprozesse, zur Langwierigkeit der Entscheidungswege, zur Kultur des Streits in der Sache und um der Sache wegen“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) wies auf den Unterschied zwischen Rechts- und Linksextremismus in der Gefährlichkeit hin: auf der einen Seite Wahlergebnisse um acht Prozent (Republikaner), andererseits unter ein Prozent, wenn man an die DKP denke. Der Minister nahm für sich in Anspruch: „Politisch beurteile ich Rechtsextremismus und Neonazis anders als Kommunismus, seitdem es Auschwitz gibt und seitdem dieses Auschwitz im deutschen Namen seinerzeit angerichtet worden ist.“ Die von der CDU gepflegte Argumentation „Grüne und Reps“ sei völlig falsch. Er müsse die Politik der Grünen ja nicht für richtig halten, aber er kenne keinen Verfassungsschützer, „der auch nur erwägt, die Grünen zum Beobachtungsobjekt zu machen“. Als Verfassungsschutzminister habe er auch die Pflicht, darauf zu achten, daß Parteien nicht ohne Not in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit geraten, betonte Schnoor. Die Republikaner aber hätten eindeutig die Grenzlinie überschritten.

Rechtsextremismus sei solange kein besonderes Problem gewesen, als die Parteien mit dem Geruch behaftet gewesen seien, alte Unverbesserliche zu sein. Aber die Reps seien viel gefährlicher: „Sie kommen in einem glatten Gewand“, und sie hätten einen ehrwürdigen alten Namen okkupiert. Bei der Frage nach den Ursachen für den

Fortsetzung Seite 6



Sorge über zunehmenden Rechtsradikalismus: v.l. Helmut Hellwig (SPD), Herbert Reul (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schüler

senheit, Hoffnungslosigkeit eine große Rolle und diese seien gute Wegbereiter für Aggressionen und Vorurteile. In der täglichen Jugendarbeit gehörten neonazistische Äußerungen der 14- bis 20jährigen schon fast zum Üblichen. Von großer Bedeutung seien ideologische Elemente des Nationalsozialismus, des Rechtsextremismus und des Neonazismus. Hierzu gehörten die Relativierung oder gar Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Die Jugendlichen fühlten sich von einfachen Sprachmustern des Rechtsextremismus und seiner Gewaltformen angezogen. Auf Schmutz- und Hetzliteratur eingehend, fragte Hellwig, warum die Rechtsprechung nicht ständig eingreife. Ziele und Handeln der demokratischen Parteien müßten identisch sein. „Wir Demokraten müssen konsequent dem eingetretenen Prozeß der Entsolidarisierung entgegentreten“, betonte Hellwig.

Herbert Reul (CDU) meinte, der starke Anteil von jungen Leuten, die sowohl Republikaner auf der einen als Grüne auf der anderen Seite wählten, müßte eigentlich ein Gegenstand sein, nachzudenken, und zwar, indem man an Politiker die Frage richte, ob

dig machten, daß sie bereit seien, für solche Radikalisierungstendenzen nicht letztlich doch den Boden zu bereiten. „Was tun wir denn eigentlich, daß junge Menschen sich mit diesem Staat identifizieren?“ fragte Reul. Klar, man müsse Wohnungen bauen. Aber es stecke noch mehr dahinter. Könne es nicht sein, daß es in dieser Gesellschaft eben keinen Konsens mehr über das gebe, was Gemeinwohl sei. Er denke deshalb, auf die Dauer sei nur eine Politik erfolgreich, die Kanten und Ecken habe, die ehrlich sei und auch mal unangenehme Wahrheiten ausspreche. Denn eine Politik der Beliebtheit führe zwar oft zur Beliebtheit, aber langfristig werde sie keine Probleme lösen und den Menschen nicht gerecht werden.

Andreas Reichel (F.D.P.) nannte die Radikalen von links und rechts eine Herausforderung für die Demokratie, „daher ist es falsch, wenn einzelne demokratische Parteien auf die Radikalen nur taktisch reagieren und gegenseitige Schuldvorwürfe erheben“. In der gemeinsamen Front der Demokraten gegen den Rechts- und Linksextremismus sollten parteipolitische Ansätze aus dem Spiel bleiben, forderte er und schloß daran

Opposition sieht Verstoß gegen Gleichheitsgrundsatz und sozialen Frieden Frauenquote in NRW: „bis ihr Anteil dem der Männer entspricht“



Die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik Marie Luise Morawietz (SPD) berichtete über den Gang der Beratungen; Karl Nagel (CDU): Frauenförderung sei gemeinsames Ziel aller.

Marie-Luise Morawietz (SPD) begrüßte das neue Gesetz, dessen achtmonatige Beratung sie nachzeichnete, und dankte für die sachliche Beratung im Ausschuß für Frauenpolitik trotz kontroverser Ansichten. Gespräche in Skandinavien hätten gezeigt, daß gesetzliche Regelungen ebenso notwendig seien wie flankierende Maßnahmen. Kompromißorientierte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen sei nun erforderlich.

Ilse Oel (CDU) räumte geringere Einstellungs- und Aufstiegschancen für Frauen trotz gesetzlich garantierter Gleichberechtigung und besserer Ausbildung ein, hielt aber das Frauenförderungsgesetz für den falschen Ansatz, weil das Bild des voll verfügbaren männlichen Arbeitnehmers einfach auf Frauen übertragen werde. Die überwältigende Mehrheit der Frauen wolle jedoch Familie und Beruf vereinbaren. Ihre Situation, in der „Arbeitsstelle“ Familie gefordert zu werden, müsse auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Die komplexe Aufgabe Frauenförderung könne nicht mit der Brechstange des Gesetzes und nur am einzigen Punkt der Personalentscheidung gelöst werden. Auch seien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sehr deutungsfähig. Im CDU-Antrag gehe es dagegen um sorgfältig abgestimmte Maßnahmen von Teilzeitarbeit über Wiedereinstiegshilfen bis zur Weiterbildung. Zu bewußtseinsändernden Maßnahmen gehöre die Frauenbeauftragung in jeder Dienststelle. Ohne die Mitwirkung der Männer könne nicht genug umgesetzt werden. Durch die Zwangsquote werde viel guter Wille ins Gegenteil verkehrt.

Dr. Diether Posser (SPD) erinnerte an jahrtausendelange patriarchalische Strukturen. Schon die Gleichberechtigung im Grundgesetz sei für viele Männer ein Schock gewesen. Eine Art Umsturz bisheriger Lebensverhältnisse habe Widerstände gegen die Erfüllung des Verfassungsauftrags erzeugt. Immer wieder habe das höchste Gericht korrigierend eingreifen müssen. Mit dem Frauenförderungsgesetz solle nun der staatliche Handlungsspielraum voll ausgeschöpft werden. Beim Altersruhegeld sei der

Gegen die Bedenken von CDU und F.D.P. verabschiedete der Landtag nach kontroverser Beratung und Aussprache am 18. Oktober das Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst (Drs. 10/3849), wonach Frauen bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung solange bevorzugt eingestellt werden sollen, bis ihr Anteil dem der Männer entspricht, sofern nicht besondere Gründe für Mitbewerber sprechen. CDU und F.D.P. machten gegen das erste Frauenförderungsgesetz eines Bundeslandes vor allem rechtliche Bedenken, aber auch Sorge um den Arbeitsfrieden geltend.

Abbau von Benachteiligungen hervorgehoben worden. Was sich im 20. Jahrhundert vollzogen habe, gleiche einer sanften Revolution. Auf dem Weg zum Durchbruch würden viele Männer aus Überzeugung mithelfen.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) warf der SPD vor, einen Konflikt zwischen Karriere- und Familienfrauen herzustellen. Die Gesellschaft kranke daran, daß die Frau zu Hause nicht die verdiente Anerkennung habe. Zudem würden alle Erwachsenen fixiert auf die Rolle des Geldverdienens zum Selbsterhalt. Immer noch bezögen Frauen ihren Status über den Mann, ungeachtet eigener Bildung und Berufstätigkeit. Seit der Industrialisierung sei die Familie aus der männlichen Biographie ausgeblendet. Der normale Arbeitstag sehe dafür keine Zeit vor. Die volle Leistungsfähigkeit werde am Arbeitsplatz verausgabt. Die F.D.P. sei für Frauenförderung, aber nicht durch Gesetz und zu

Brigitte Speth (SPD) erinnerte an den Beratungsverlauf, der erwiesen habe, daß eine bloße Verwaltungsvorschrift wie das Frauenförderkonzept keine ausreichende Rechtsgrundlage sei. Die in der CDU-Entscheidung aufgezählten Maßnahmen seien grundsätzlich richtig, aber bereits weitgehend im Konzept enthalten. Die SPD fordere in ihrem Entschließungsantrag eine Änderung der Laufbahnverordnung und andere Gestaltung der Beurteilungsrichtlinien. In der parlamentarischen Arbeit müßten die Frauen verstärkt werden, der Frauenausschuß müsse Regelausschuß werden. Im nächsten Kabinett solle sich die Frauenquote spiegeln. Der Weg mit dem Frauenförderungsgesetz werde interessant, vielleicht schwer sein, sich aber für alle lohnen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) hielt das Gesetz für nicht mit der Verfassung vereinbar. Auch stehe dem Land die Beamtenrechtsrahmengesetzgebung nicht zu. Einstellung und



Vier von zehn Rednern zum „Quotengesetz“ waren Männer; v.l.: Ilse Oel (CDU), Dr. Diether Posser (SPD), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Parlamentarische Staatssekretärin Ilse-Ridder-Melchers (SPD). Fotos: Schüler

Lasten junger Männer. In freiwilligen Maßnahmen wie Kindergärten für die Ministerien lasse die Vorbildfunktion der Landesregierung zu wünschen übrig.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bedauerte, daß das Gesetz nicht von allen Fraktionen getragen werde, und sagte, es gehe um Frauenförderung nicht als fürsorgliche Vormundschaft, sondern als rechtlich gesicherte Chancengleichheit. Die Abwehr von Benachteiligungen reiche nicht mehr. Aktive Förderung wie in diesem Gesetz sei ein Herzstück der Frauenpolitik dieser Wahlperiode. Die Personalentscheidung sei der Kern, Signalwirkung für die private Wirtschaft werde erhofft. NRW sei dabei vorn, andere Bundesländer folgten. Juristisch werde Neuland betreten, er gehe dabei auch ein gewisses Risiko ein. Einzelfallgerechtigkeit bleibe gewahrt. Das Gesetz sei zeitlich auf Bereiche begrenzt, in denen Frauen in der Minderheit seien.

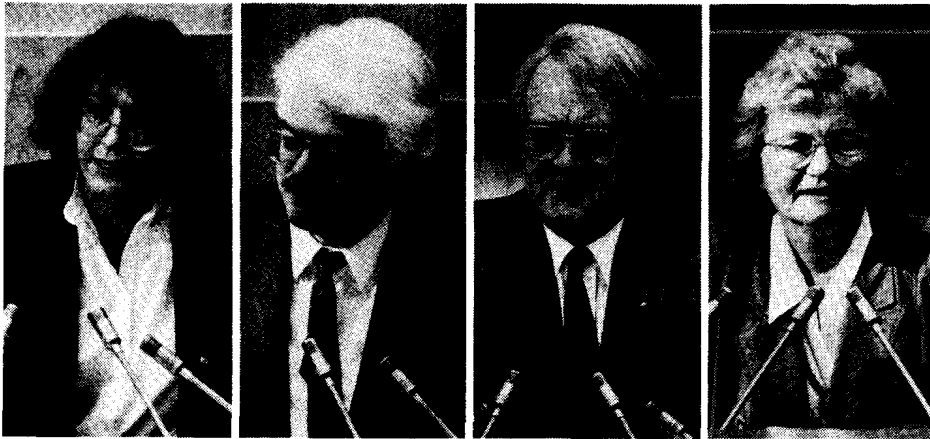
Beförderung seien Grundsätze, die einheitlich geregelt werden müßten. Gegen eine Kompetenz des Landes spreche auch, daß es bei Frauenförderung um Arbeitsrecht allgemein gehe. Ferner werde gegen Leistungsprinzip und Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen. Das Rentenurteil sei von Benda fehl interpretiert worden. Statt des elementaren Eingriffs per Gesetz und Quote hätten Frauen auf andere Weise gefördert werden können. Das Gesetz sei im übrigen eine Mogelpackung, und die SPD-Mitgliedschaft von Beamten sei ein viel wichtigeres Problem. Das Gesetz trage Unfrieden in die Behörden, den Frauen werde ein Bärendienst erwiesen.

Marie-Luise Woldering (CDU) sagte, es habe noch nie so viele gut ausgebildete Frauen wie heute gegeben, in Führungspositionen seien sie jedoch spärlich vertreten. Die CDU halte die Änderung von Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von

Frauenquote ...

Frauen für wichtiger als dienstrechtliche Ansätze. Sogar Quotenbefürworter hätten Probleme mit 50 Prozent, wie auch der Hamburger CDU-Antrag zeige. Diese Quote sei ein Eingriff in die Berufsfreiheit und werde sich auf Berufswahl und Studierverhalten von Männern auswirken. Die bisher guten Ansätze würden erstickt, bei den Richtern habe die Einstellungsquote von Frauen 35 Prozent betragen. Die Entscheidung von Frauen für die Familie müsse gewürdigt werden.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann, warf der CDU unterschiedliche Argumentation bei der Ablehnung des Gesetzes vor. Drei von fünf Juristen sowie fast alle Verbände hätten dem Entwurf zugestimmt, auch der Beamtenebund habe sich ausdrücklich für eine bevorzugende Regelung ausgesprochen. Qualifizierte Männer hätten nach wie vor ihre Chancen, aber nicht mehr alle Privilegien.



Kontroverse Standpunkte zur Frauenquote v.l.: Brigitte Speth (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Marie-Luise Woldering (CDU).
Fotos: Schüler

Rechtsradikalismus ...

Fortsetzung von Seite 4

Erfolg gehörten durchaus wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme einbezogen. Im Kampf gegen Rechtsextremismus müsse jeder bei sich anfangen, Politiker müßten sich fragen, ob sie sich gegenseitig verteuflern und Beispiele dafür geben sollen, die junge Menschen meinen lassen, „man müßte zu Mitteln der Gewalt oder zum Mittel der Ausgrenzung von Minderheiten greifen“.

Antonius Rösenberg (CDU) betonte, es müßte allen extremistischen Tendenzen entgegengewirkt werden, nicht nur dem Rechtsextremismus. Gewaltakte und Einzug in die Parlamente seien Alarmzeichen. Positive Lebenschancen kämen nicht ausreichend zur Sprache. In der jugendpolitischen Thesen des SPD-Landesvorstands befinde sich ein pauschal negatives Szenario, das falsche Signale setze. Jugend Arbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze müßten in richtige Relation zum Erreichten gesetzt werden. Andernfalls schaffe dies den Nährboden für Extremismus. Die Problematisierung durch Konflikttheorie erzeuge Parteiverdrossenheit.

Reinhold Hemker (SPD) hinterfragte den politischen Alltag, in dem zu viele Lösungen verkündet würden. Zu kurz Gekommene fühlten sich wie Fremde im eigenen Land. Berufspolitiker gäben Antworten, ohne vor-

Auch in der Wirtschaft sei der eigensinnige Autokrat als Führungskraft nicht mehr gefragt. Auch für moderne Verwaltung seien weibliche Fähigkeiten unentbehrlich. Die CDU-Forderungen würden längst umgesetzt. Das Gesetz regle nur einen kleinen Ausschnitt der Frauenförderung. Durch sachliche Information müßten Vorurteile gegen das Gesetz ausgeräumt werden.

Karl Nagel (CDU) notierte ein gemeinsames Ziel aller Fraktionen, wie in der Verfassungsänderung vom Juni 1989 beschlossen: Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit in Partnerschaft. Junge Männer seien heute weitgehend dazu bereit. Wo die Rahmenbedingungen stimmten wie im Grundschulbereich, hätten die Frauen mehr als ihre Quote erfüllt. Auf der Kabinettsbank und in den Fraktionen sehe es mit den Frauen anders aus, was sich im nächsten Landtag ändern müsse. Familienerfahrung sei für manche Berufe von großem Vorteil. Das Gesetz sei zu negativ angelegt. Staatliches Handeln müsse der freien Entscheidung junger Familien Raum geben.

her gefragt zu haben. Sie griffen in die Privatsphäre aller ein. Die Politisierung des Alltags stehe in scharfem Kontrast zur Beteiligung. Politiker würden nicht mehr als Diener für das Gemeinwohl angesehen, ihnen werde mißtraut. Mehr Nachdenken und Toleranz seien von ihnen gefragt. Eine neue Ethik müsse losgelöst vom Parteienstreit entstehen. Eine große Verantwortung hätten dabei die Medien.

Minister Hermann Heinemann (SPD) stimmte der Analyse im Antrag zu, wonach rechtsradikale Tendenzen nicht im Neonazismus, sondern in der Gefährdungssituation junger Menschen wurzele. Die Jugend müsse für die Demokratie zurückgewonnen werden. Die Sozialpolitik von Bonn gehe an den ausgegrenzten Menschen vorbei. Auch Koalitionsdiskussionen von CDU-Politikern mit den Republikanern stimmten sorgenvoll.

Rudolf Wickel (F.D.P.) äußerte Unbehagen an der Diskussion, weil die kurze Redezeit zu Überzeichnungen führe und weil Weltbilder gegenübergestellt würden. 1945 seien Werte und Normen weggetan worden, die schuldig gemacht hätten. Eine neue Wertediskussion sei nicht geführt, das Vakuum nicht gefüllt worden. Im politischen Unterricht werde ein Bild von Nazi-Deutschland gezeigt, das junge Leute nicht nachvollziehen könnten. Es müsse mehr um Ursachenforschung von Faschismus und Kommunismus gehen.

Reformbestrebungen ...

Fortsetzung von Seite 3

nicht in einigen Jahren selber vorwerfen müssen, wir hätten eine große Chance für Europa verspielt durch Unterlassen und Kleinmut“.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Fraktionsvorsitzender, vermißte in der Regierungserklärung die geistige Auseinandersetzung mit den Vorgängen in der DDR. Hier habe sich der Gedanke der Freiheit Bahn gebrochen. Worms: „Ein Staat, der seinen Bürgern die existentiellen Freiheits- und Menschenrechte verweigert, hat auf Dauer keine Existenzberechtigung und auch keine Chance zum Überleben.“ Der Sozialismus kommunistischer Prägung habe sich als unfähig erwiesen, die Menschen auch nur mit einem Mindestmaß an notwendigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, auf die sie einen Anspruch haben. „Deshalb laufen die Menschen dem Sozialismus weg“, betonte der Sprecher. Er bekräftigte die Auffassung, daß man hierzulande kein primäres Interesse daran haben könne, daß die DDR ausblutet.“ Man müsse vielmehr ein Interesse daran haben, daß sich die Verhältnisse in der DDR selbst verbessern. Dazu könne das Land einen Beitrag leisten.

Kritik knüpfte Worms, der für das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bürger und freie Wahlen eintrat, an dem Umstand, daß bei der SPD das Wort Wiedervereinigung im Wortschatz der Partei schon lange nicht mehr vorkomme. Es gehe nicht darum, daß jeder nun Wiedervereinigungsmodelle entwerfe, was mit den Deutschen in Zukunft geschehe, das müßten sie selbst entscheiden – aber das gelinge nur, wenn man sich mit aller Macht für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen und für freie Wahlen auf deutschem Boden einsetze.

Eine aktive Deutschlandpolitik dürfe nicht nur eine Politik der kleinen Schritte sein, sondern sie benötige eine Vision über das politische Tagesgeschehen hinaus. Aber die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten lasse nichts Neues erkennen, sie habe keine Botschaft für den Bürger. Man habe in ihr auch nicht gefunden, auf welchem geistigen Fundament die Landesregierung ihre deutschlandpolitischen Schritte aufbauen wolle. Außerdem erwarte die Opposition, daß die Regierung bald zur Mitberatung des Landtags die Liste der 40 Projekte vorlege, denn diese Hilfe sei die gemeinsame Sache von Parlament und Regierung, betonte Worms.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, warf der Regierungserklärung vor, in ihr sei der Ministerpräsident mit der historischen Wahrheit großzügig umgegangen, so habe er den Anteil Adenauers, Genschers, Scheels und der jetzigen Bundesregierung am Zustandekommen einer neuen deutschen Ostpolitik verschwiegen. Reformpolitik, Entspannungspolitik und Ostpolitik hätten ihren Teil zu den Reformbestrebungen im Osten beigetragen. In der DDR, in Ungarn, Polen und der UdSSR sei der Sozialismus zusammengebrochen, er sei an seinen Widersprüchen erstickt und daran, daß er nicht in der Lage sei, die Freiheit der Menschen zu garantieren.

Etwas anderes habe ihn noch an der Erklärung gestört: Die Passage mit der Warnung vor der Bevorzugung von Aus- und Über-

Fortsetzung Seite 12

Aktuelle Stunde: Menschenrechtsverletzungen in der DDR entgegenwirken

Trinius: Reformen nicht durch Parteipolitik erschweren

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) sagte, selten sei eine Aktuelle Stunde aktueller gewesen, da am Vortag Honecker aus seinem Amt entlassen worden sei. Das kenne auch in der DDR den Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Den Menschen, die mit der Kraft des Wortes und der gewaltlosen Demonstration für mehr Freiheit und Demokratie kämpften, gebühre Respekt. Politische Gefangene müßten sofort freigelassen werden. Die Landesregierung müsse über die Förderung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter nachdenken. Diese habe Warn- und Schutzfunktion. Das Einfordern der Menschenrechte dürfe nicht ausländischen Politikern und Wissenschaftlern überlassen werden. Rau solle sich klar zu dem SPD-SED-Papier äußern, in dem beiden Seiten prinzipielle Friedensfähigkeit und Existenzberechtigung zugeschrieben worden sei.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) drückte Anteilnahme und Sorge über die wachsende Zahl von DDR-Flüchtlings aus. Durchgreifende Reformen, insbesondere die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki mit Bürger- und Menschenrechten sei erforderlich. Die Zentrale Erfassungsstelle garantiere den DDR-Bürgern kein Mehr an Freiheit und sei auch für die Strafverfolgung bei uns wenig effektiv. Die Staatsanwaltschaften würden auch nach Einstellung der Förderung aus Landesmitteln aktiv. Die Tätigkeit von Salzgitter trage zur Stabilisierung des DDR-Systems bei.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) widersprach mit dem Hinweis, daß es bis heute in der DDR politische Verfolgungen und Menschenrechtsverletzungen gebe. In diesem Jahr seien in Salzgitter 1500 Fälle registriert worden. Auch habe die Erfassungsstelle die Aufgabe, politische Verurteilungen zwecks Rehabilitation aufzuheben. Die Existenz von Salzgitter weise den Staatssicherheitsdienst der DDR in die Schranken. Die CDU fordere eine Kurskorrektur der Landesregierung.

Reinhold Trinius (SPD) hielt es für ganz wichtig, Respekt vor Entscheidungen einzelner zu haben, wenn über die deutsche Nation gesprochen werde, vor denen, die nur den Ausweg „abzuhauen“ sehen, und vor denen, die bleiben und mitreden wollten. Ein weiterer Riß in der Nation tue sich auf. Zum Teil breche der Gesprächsfaden zwischen Ausreisern und Gebliebenen ab. Amnesty International, dem viele Abgeordnete angehörten, weise Menschenrechtsverletzungen ohne staatliche Einwirkung nach. Auch gebe es kein Recht, die DDR-Flucht parteipolitisch auszuschlachten. Vom Zusammenbruch zu sprechen, erschwere die Reformen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) zitierte den Sprecher der Erfassungsstelle: Für viele inhaftierte DDR-Bürger bedeute die Stelle Zauberwort und Hoffnungsschimmer. Die Landesregierung scheine sich mehr an der SED zu orientieren. Auch auf das Verhalten von Grenzsoldaten wirke Salzgitter abschreckend und als Institution strafrechtlicher Drohung sogar in die DDR hinein. Das

In der von der CDU beantragten Aktuelle Stunde zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR, Gegenmaßnahmen der Landesregierung und Unterstützung der Reformbestrebungen am 19. Oktober ging es auch um die Förderung der Zentralstelle für die Erfassung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR in Salzgitter aus Landesmitteln, die 1987 eingestellt worden war. CDU und F.D.P. sprachen von der Schutzfunktion der Stelle für DDR-Bürger, Regierung und SPD stellten mehr auf behutsames Einwirken im Interesse der Durchsetzung von Reformen ab.

eine oder andere Leben sei gerettet worden, bekanntwerdende Fakten würden sachgerecht bewertet, Beweise für spätere Strafverfahren gesichert und DDR-Bürgern zu finanziellen Entschädigungen verholfen. Die SPD wisse jetzt, daß ihre Zahlungsweigerung falsch war. Aber ihr fehle der Mut, den Fehler rückgängig zu machen. Sie entdecke jetzt den Datenschutz als Hinderungsgrund für die Arbeit in Salzgitter.

Hartmut Schauerte (CDU) forderte vom Ministerpräsidenten die Größe, Fehler zu korrigieren, da der Wahrheit nicht mehr ausgewichen werden könne. Die Äußerungen

kennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften gefordert. Die DDR-Flüchtlinge könnten jetzt gar nicht aufgenommen werden, wenn die CDU sich darauf eingelassen hätte.

Reinhold Trinius (SPD) zitierte aus dem auch in der DDR gefragten SPD-SED-Papier: „Wir brauchen eine Kultur des politischen Streits der Auseinandersetzung.“ Die DDR-Bürger beriefen sich bei den Auseinandersetzungen mit der SED darauf. Von vielen werde das sozialistische System nicht



Am Landesbeitrag zur Finanzierung der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Zentralen Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der DDR knüpften die Redner in der Aktuelle Stunde an, v.l. Heinz Lanfermann (F.D.P.), Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD), Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD).
Fotos: Schüler

des Justizministers seien blanke Kapitulation vor Unrecht. Das dürfe schon bei Regelverstößen, erst recht nicht bei Menschenrechtsverletzungen sein. Krumsiek müsse das korrigieren. Was gegen das Unrecht in aller Welt getan werde, müsse auch in Deutschland geschehen. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems müsse beim Namen genannt werden. Dagegen könne sich nur wehren, wer sich mit bestimmten Dingen dort identifiziere.

Christa Thoben (CDU) sagte, es gehe bei der Unterstützung für Salzgitter nur um 55 000 Mark. Diese zu verweigern aus ideologischen Gründen, müsse die SPD mit sich austragen. Der Riß gehe durch das Leben jedes DDR-Bürgers durch die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Äußerungen. Mit dieser Schizophrenie würden die Menschen nicht fertig.

Dr. Helmut Linssen (CDU) stellte fest, im SPD-Grundsatzprogramm komme 26mal das Wort Frieden, aber kein Mal das Wort Freiheit vor. SPD-Politiker hätten die Aner-

kennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften gefordert. Die DDR-Flüchtlinge könnten jetzt gar nicht aufgenommen werden, wenn die CDU sich darauf eingelassen hätte.

Dienstleistungsabend

Der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschoeltsch hat bei der Aussprache über eine Mündliche Anfrage seines Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde zur Einführung des Dienstleistungsabends, diesen Abend, was den Einzelhandel betreffe, als „tollen Erfolg“ bezeichnet und die Frage gestellt, ob die Landesregierung gewillt sei, die Öffnungszeiten der Landesbehörden am Donnerstag zu verlängern. Arbeitsminister Hermann Heinemann erklärte in seiner Antwort: „Ich habe derartiges nicht vor. Meiner Meinung nach besteht dafür im Moment noch keine Notwendigkeit.“ Im übrigen vertrat Heinemann die Ansicht, daß der Dienstleistungsabend nur den großen Kaufhäusern helfe, dem mittelständischen Gewerbe und kleinen Einzelhandel aber nur zusätzliche Kosten auferlege.

Regierungshandeln in Wahlkampfzeiten

Ministerpräsident hält nichts von „zweierlei Maß“

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag auf Antrag der F.D.P.-Fraktion am 18. Oktober mit dem Thema „Wahlkampf der Landesregierung vor den Kommunalwahlen 1989“ befaßt. Dabei wurden elementare Meinungsunterschiede zwischen Regierungs- und den beiden Oppositionsfraktionen deutlich.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, warnte vor einer verhängnisvollen Entwicklung für das parlamentarische System, die es zu verhindern gelte: Die SPD-Mehrheitsfraktion wolle ihr Machtmonopol immer stärker ausbilden; Staat und Partei sollten immer mehr zu einer Einheit werden. Dagegen kämpfe die Opposition. Sie habe dabei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf ihrer Seite, das jede unterschiedliche Behandlung von Parteien untersage, durch die deren Chancengleichheit bei Wahlen verändert werden könne. Rohde kritisierte vor allem, daß kurz vor der Wahl Landesminister „wie Geldbriefträger“ durch die Gemeinden gezogen seien, die Geld wie aus ihrer Privatschatulle verteilt und den Bürgern weisgemacht hätten, es seien Gelder des Landes, „während es fast immer Gelder des Bundes gewesen sind“. Das sei der unzulässige Versuch des Stimmkaufs gewesen, urteilte der Sprecher. „Verstöße, wie im Kommunalwahlkampf 1989 vorgekommen, werden wir im Landtagswahlkampf nicht dulden“, kündigte Rohde an.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, wies auf die entscheidende politische Frage hin: Weil die Opposition sich davor drücken wolle, eigene Alternativen zur Politik der Landesregierung vorzutragen, unternehme sie den Versuch, „den Ministerpräsidenten vor den Bürgern des Landes mies zu machen“. Das sei ein politisches Armutzeugnis, befand der Vorsitzende und hielt seinem Vorredner vor, er habe mit seinem Beitrag den Boden der Wahrheit und der Seriosität verlassen. So habe er verschwiegen, daß sich das BVG-Urteil ausschließlich „auf gedruckte Öffentlichkeitsarbeit bezieht“. Unter Hinweis auf die Bundesregierung, die sich für ihre Öffentlichkeitsarbeit einen Minister und einen Etatposten von 234 Millionen Mark leiste, nannte er es eine „Selbstverständlichkeit in allen Demokratien der Welt, bei allen politischen Parteien und bei allen Regierungen, daß sie natürlich die Chance nutzen, die ihnen die Regierung nun einmal bietet“.

Dr. Helmut Linssen (CDU) drückte „maßlosen Ärger“ darüber aus, daß Mittelzusagen aus Programmen, die praktisch voll aus Bundesmitteln finanziert würden, „als Wohltaten dieser Landesregierung verkauft werden“. Diesen Etikettenschwindel werde die CDU nicht mehr hinnehmen, erklärte Linssen und appellierte an den Ministerpräsidenten, Partei und Regierung eindeutig zu trennen. Das verlange auch der Bürger;

wenn es nicht geschehe, dann wachse nur seine Aversion gegen absolute Mehrheiten. Dafür werde es am 13. Mai 1990 die Quidtun geben, prophezeite der Sprecher. Im übrigen werde seine Partei eine Dokumentation vorlegen, in der sie anhand von Einzelbeispielen belege, „wie hier Machtmißbrauch betrieben wird“. Manche Ministerien hätten sich inzwischen zu reinen SPD-Ministerien entwickelt, das bezeichne die CDU als „Weg in den totalen SPD-Staat in NRW“.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) warnte unter Hinweis auf die zehn Millionen Mark, die der Bundesgesundheitsminister zur Abwehr der angeblichen Diffamierung seiner Gesundheitsreform per Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben habe, vor zweierlei Maß. Es sei eine Lüge, vom totalen SPD-Staat zu sprechen, man könne auch nicht die Staatskanzlei als Politikbüro bezeichnen. Aber das sei alles die nervöse Reaktion darauf, „daß Sie kein Gestaltungskonzept für dieses Land haben, sondern an einem Verhinderungskonzept arbeiten“.

Christa Thoben (CDU) bezeichnete es als unerträgliche Verquickung, wenn von der Staatskanzlei die persönlichen Referenten aller Landesministerien aufgefordert werden, Bericht zu erstatten, damit der SPD-Landesvorstand eine Bilanz ziehen könne. Das beweise, daß die Auffassung der CDU richtig sei, wonach das politische Leitungsgremium in diesem Lande nicht mehr in der SPD-Parteizentrale, sondern zunehmend in der Staatskanzlei liege.

„Wir in Nordrhein-Westfalen“

Gerhard Wendzinski (SPD) fragte, was die CDU eigentlich wolle, wenn sie sich über den Aufkleber „Wir in Nordrhein-Westfalen“ beklage: Der sei inzwischen von fast 18 Millionen Menschen im Lande angefordert worden, die stolz seien, aus diesem Land zu kommen. Mittlerweile würden schon Firmen mit diesem Signet.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) warb um saubere Trennung: Einmal das berechtigte Wirken von Ministern als Mandatsträgern, zum anderen „das mißbräuchliche Eingreifen dort, wo sie ausdrücklich als Staatsorgane auftreten“. Als besonders unzulässiges Beispiel nannte er das Auftreten des Landesverkehrsministers in Ostwestfalen, wo Zöpel nach der Berichterstattung der Lokalpresse persönlich den Planfeststellungsbeschluß für eine Ortsumgehung aus Düsseldorf mitgebracht habe und dabei listig erklärt haben soll, natürlich habe der Wahltermin die Sache beschleunigt.

Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) rechtfertigte das Vorgehen: Wahltermine hätten die Funktion, daß die politisch Verantwortlichen „in Zeiten besonderer Kontrolle durch den Wähler sehen, ob sie ihre Aufgaben erledigen“. Nach der Verfassung gebe es nun einmal auch Landeshandeln auf dem Boden der Kommunen, etwa beim Bau von Landesstraßen.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) stellte fest, diese Auffassung des Ministers widerspreche dem BVG-Urteil, das nicht nur auf Publikationsmittel Anwendung finde, „sondern auch alle staatlichen Finanzzuweisungen, die erfolgen“.

ZIN-Mittelvergabe

Opposition warnt vor neuer Verwaltungsebene

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf Antrag der F.D.P. hat sich der Landtag am 20. Oktober mit der Kritik des Städtetags an der Mittelverteilung der Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN) befaßt.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, wertete die Stellungnahme des Städtetags von Mitte September als Bestätigung der Kritik, die die Liberalen schon zuvor daran geübt hatten, daß durch das ZIN-Vergabeverfahren „diffuse Organisationen“ geschaffen würden und damit die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werde. Auch wehre man sich gegen die Forderung nach einem allgemeinen Konsens in den Regionen und die Ausschaltung der Bezirksplanungsräte. In den Regionalkonferenzen als einer neuen Quasi-Verwaltungsebene entschieden Funktionäre ohne politische Legitimation über die Mittelvergabe. „Es wäre gut, wenn Sie Ihre Entscheidung zurücknehmen würden“, wandte sich Rohde an den zuständigen Wirtschaftsminister. Aber er vermute, daß der an dem Verfahren hänge, „damit Sie auch künftig Minister mit dem Scheckbuch wie uniformierte Zinnsoldaten über Land schicken können.“ Er fordere für seine Fraktion, daß man wieder zu einem „ordentlichen“ Verfahren zurückkehre und zu Entscheidungsträgern, die demokratisch legitimiert seien.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) warb dagegen für das schon seit der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) mit Erfolg angewandte Verfahren: Es sei der Versuch, eine neue dezentralisierte Regionalpolitik mit breitem Konsens einzuleiten, um die Herausforderungen des Strukturwandels überall im Lande gemeinsam zu bewältigen. Es sei ein Mißverständnis des Städtetags, wenn er seine Behauptung von einer neuen Verwaltungsebene aufstelle: Die Regionalkonferenzen seien auf freiwilliger Basis, zum Teil schon vor ZIM und ZIN, entstanden; sie hätten lediglich Empfehlungs- und auf keinen Fall Entscheidungsfunktion, die komme weiterhin den dafür vorgesehenen örtlichen Gremien und dem Land zu. Diese Empfehlungen, so Jochimsen weiter, schmälerten nicht die kommunalen Entscheidungen, etwa die Planungshoheit oder die Vergabe von Mitteln aus den kommunalen Etats. Bei ZIN werde den Kommunen sogar ein Mitspracherecht bei Projekten eingeräumt, von denen sie unter Umständen sonst nichts erfahren hätten, betonte der Minister.

Christa Thoben (CDU) sprach sich dagegen aus, daß neue Verwaltungsebenen entstehen. An die SPD gewandt sagte sie, Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müßten nicht immer spektakulär vor sich gehen, sie könnten auch „schleichend“ erfolgen. Wenn die SPD aber versuche, „Demokratie im sozialistischen Sinne zu vollenden“, dann werde sie bei der CDU auf erbitterten Widerstand stoßen.

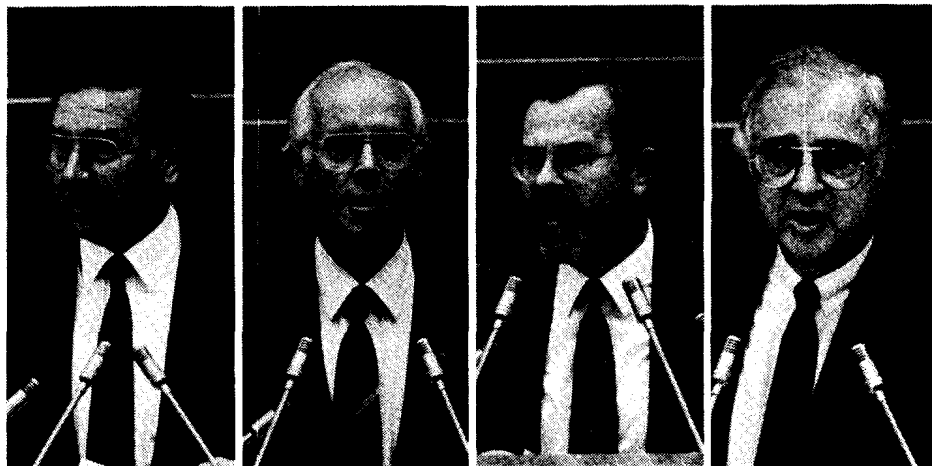
Neuer Staatsvertrag regelt den Rahmen für ein drittes privates TV-Programm

Der Landtag hat nach erster Lesung den Satellitenfernseh-Staatsvertrag an den Hauptausschuß überwiesen (Drs. 10/4628). Der Staatsvertrag regelt auf der Grundlage des Rundfunkstaatsvertrages vom April 1987 die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein drittes privates Fernsehprogramm. CDU-Sprecher Helmut Elfring machte noch einmal den Widerstand der Union gegen eine Beteiligung des WDR am Veranstalter-Konsortium deutlich. Der SPD-Medienexperte Reinhard Grätz verwies dagegen auf die Notwendigkeit zahlreicher Beteiligungen. Dazu könne auch ein öffentlich-rechtlicher Veranstalter gehören.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) erinnerte in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten daran, daß die Regierungschefs der Länder Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes den Westschienen-Staatsvertrag unterzeichnet hätten. Er trete nach der Ratifizierung frühestens zum 1. Januar 1990 in Kraft. Der Staatsvertrag regelt auf der Grundlage des Rundfunkstaatsvertrages vom April 1987 die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein drittes privates Fernsehprogramm, das von einem direkt empfangbaren Rundfunksatelliten ausgestrahlt werden solle. Die Bestimmung ermächtigt die Länder, auf der Grundlage von Länderquoten regionale Staatsverträge durch private Veranstalter abzuschließen. Über zwei Kanäle seien bereits Verfügungen getroffen. Der Nordschienenkanal werde von RTL plus genutzt, als Veranstalter auf der Südschiene sei Sat 1 zugelassen. Der Westschienenkanal sei für einen dritten nationalen Veranstalter vorgesehen. Mit dem dritten Fernsehkanal solle die Informationsvielfalt und das kulturelle Angebot im deutschsprachigen Raum verstärkt werden. Der Staatsvertrag sehe vor, daß der Westschienenveranstalter nach dem Recht der beteiligten Länder bei der Vergabe terrestrischer Fernsehübertragungskapazitäten zu berücksichtigen sei. Für den dritten nationalen Veranstalter müßten möglichst bundesweit dritte terrestrische Fernsehfrequenzen ermittelt werden. Das Westschienenprogramm werde auf dem TV-Sat 2 in D2MAC und auf dem DFS 1 Kopernikus in PAL ausgestrahlt. Der Staatsvertrag sehe für die Zulassung eines Rundfunkveranstalters das Prinzip der Einstimmigkeit vor. Die Medienanstalten der beteiligten Länder müßten dem Vorschlag des Länderausschusses zustimmen. Dem Länderausschuß stehe ein Vorschlagsrecht zu. Er setze sich aus den vier Direktoren der Landesmedienanstalten zusammen. Sitz des Länderausschusses sei NRW. Krumsiek wies auf eine Reihe von Anbietern hin, die ihr Interesse bekundet hätten, darunter ein „interessantes Konsortium“. Dies seien Bertelsmann, DTCP, die Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie die WAZ.

Helmut Elfring (CDU) machte darauf aufmerksam, daß der TV-Sat 1 zwar im All kreise, aber mit einem Schaden am Solargenerator unbrauchbar sei. Es sei die Situation eingetreten, daß angesichts der Pleite mit dem TV-Sat 1 die Bundespost ihren Fernmeldesatelliten „Kopernikus“ zu einem Fernsehsatelliten umgerüstet habe. Ein

CDU gegen eine WDR-Beteiligung SPD für öffentlich-rechtlichen Veranstalter im Fernsehkonsortium



Drittes privates Fernsehen: v.l. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD), Helmut Elfring (CDU), Reinhard Grätz (SPD) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.).
Fotos: Schüler

bezahlbarer Parabolspiegel mit einem Durchmesser von höchstens 90 Zentimetern könne seine Signale und die für 16 und mehr Programme in guter Qualität empfangen. „Kopernikus 2“ mit elf Kanälen werde bereits in Kürze „Kopernikus 1“ im Weltraum besuchen und ergänzen. Die Programme von West 3 und Bayern 3, von Eins Plus, von Tele 5 und Pro 7 seien bereits auf dem Weg zu „Kopernikus“. Vor diesem Hintergrund stellten sich die Fragen, was die Politik eigentlich tun müsse, wenn die tatsächliche technische Entwicklung die technischen Erwartungen eines Staatsvertrages nicht erfülle. Dürfe ein Parlament es eigentlich einfach so hinnehmen, daß eine Regierung ihm einen Staatsvertrag mit dem Antrag auf Zustimmung vorlege, obwohl sich die technische Entwicklung bereits deutlich von der Rechtslage entfernt habe. Das Problem sei, daß der Staatsvertrag der technischen Entwicklung hinterherhinke. Der Abgeordnete betonte ferner, die sozialdemokratischen Vertragspartner hätten die Absicht, den WDR am Westschienenprogramm zu beteiligen. „Dies ist mit uns nicht zu machen“, schloß Elfring.

Reinhard Grätz (SPD) meinte, er würde nicht so weit gehen und dem Kollegen Elfring zustimmen wollen, wenn er sage, die technischen Entwicklungen hätten sich von der Rechtslage entfernt. Er stimme aber zu, wenn Elfring sage, daß die technischen Entwicklungen natürlich auch manche grundsätzlichen medienpolitischen Auseinandersetzungen relativiert hätten. Dabei spiele das Stichwort Kopernikus eine sehr wesentliche Rolle. Man müsse bei diesem Staatsvertrag allerdings darauf hinweisen: es gehe im Kern dabei nicht um den Vertrag oder um einen Kanal, im Kern gehe es um die Bedingungen, unter denen ein Veranstalter zugelassen werden solle, der die Funktion eines dritten nationalen Fernsehveranstalters übernehmen könnte. Zum Staatsvertrag erklärte der Abgeordnete, sein großer Vorteil für die Zukunft liege in der medienpolitischen und wirtschaftspolitischen Bedeu-

tung. Nach dem großen Staatsvertrag (von 1987) halte NRW im Konsortium der vier Bundesländer eine Quote von 60 Prozent. Das Land habe damit eine Leitfunktion. Der neue Staatsvertrag lohne sich auch, weil zum Beispiel im Vertrag der norddeutschen Bundesländer die Anforderungen an die Pluralität des Veranstalters nur schwach ausgebildet seien. Aber auch medienwirtschaftlich mache die Vergabe des Westkanals zum jetzigen Zeitpunkt Sinn. Grätz schloß, ein leistungsfähiger Veranstalter auf der Westschiene müsse sich auf viele Beteiligte stützen. Dazu könne auch ein öffentlich-rechtlicher Veranstalter gehören. Er halte es für eine viel zu einfach gestrickte Vorstellung der dualen Rundfunkordnung, daß öffentlich-rechtliche und private Veranstalter fein säuberlich getrennt arbeiten müßten.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, daß es sich bei dem Staatsvertrag um einen mühsam gefundenen Kompromiß zwischen den Ländern Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland handele. „Wir tragen diesen Kompromiß mit“, sagte der Politiker.

Keine Zunahme der Kriminalität in Duisburg

Die Kriminalitätsentwicklung im Bereich des Polizeipräsidenten Duisburg ist seit 1982 rückläufig. 1982 lag die Zahl der bekanntgewordenen Fälle bei 47 819. Im Jahre 1988 waren es 39 674 Delikte. Im ersten Halbjahr 1989 wurden 20 410 Delikte angezeigt. Dies bedeutet eine nur geringfügige Zunahme um 1,73 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1988. Es lägen keine Anzeichen für eine verstärkte Zunahme der Kriminalität beim Polizeipräsidenten Duisburg vor, teilt Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Friedrich Hofmann mit (Drs. 10/4678 und 10/4595).

CDU mahnt privaten Lokalfunk in NRW an Gericht entscheidet über Medienkartelle

Bei Enthaltung der F.D.P. lehnte der Landtag den CDU-Antrag „Versagung der Lizenz für das Rahmenprogramm der Radio NRW GmbH und Co KG und Vollzug des Landesrundfunkgesetzes im Hörfunkbereich“ (Drs. 10/4555) mit den Stimmen der SPD-Mehrheit am 18. Oktober ab. Während Oppositionssprecher den zögerlichen Vollzug des Gesetzes beklagten, hielt der SPD-Sprecher das sorgfältige Abstimmen auch im Hinblick auf süddeutsche Experimente für richtig.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) begründete den Antrag mit dem Verstoß gegen das Kartellrecht. Das oberste Gericht sehe als wichtigsten Verstoß an, daß durch das WDR-Rahmenprogramm ein Doppelmonopol entstehe. Die Landesregierung nutze Fristen aus, um Fakten zu schaffen, anstatt ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen. Das Landesrundfunkgesetz sei ein Privatfunk-Verhinderungsgesetz. Anträge von Veranstaltergemeinschaften seien unvollständig, weil nicht zusammen mit Betriebsgesellschaft und Programmschema vorgelegt. Die CDU wolle auch wissen, wieviel Rahmenprogramme überhaupt angemeldet seien und ob die Vergabe von Zweitfrequenzen an Satellitenrundfunk gekoppelt bleiben solle. „Können wir es verantworten, im nächsten Jahr SAT 1 wieder aus dem Programm zu nehmen?“ fragte er und schloß die Frage

nach dem Vorrang von Vollprogrammen vor Spartenprogrammen an. CDU und F.D.P. hätten Gespräche angeboten, um endlich in NRW einen vernünftigen, rechtmäßigen Rundfunk zu bekommen.

Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek (SPD) begründete in Vertretung des Ministerpräsidenten die Ablehnung des CDU-Antrags mit Rundfunkhoheit des Landes; um Kartellrecht gehe es nur bei Zusammenschlüssen von Unternehmen. Mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes sei vereinbart, eine höchstgerichtliche Entscheidung abzuwarten. Gegenüber der Landesrundfunkanstalt gebe es keinen Informationsanspruch. Die Unterrichtung des Hauptausschusses durch den Direktor solle beibehalten werden. Bei der Novellierung des Landesrundfunkgesetzes seien die schnellebigen Entwicklungen im Rundfunkgesetz berücksichtigt.

Jürgen Büssow (SPD) bekräftigte, daß es bei der Kartellrechtsentscheidung um die Grundsatzfrage gehe, ob publizistische Aspekte damit geordnet werden könnten. Das Landesrundfunkgesetz habe bei der Umsetzung Zeit gebraucht, um alle Beteiligten in den Konsens einzubeziehen, auch damit kleinere Zeitungsverlage nicht in Risiken getrieben würden. Inzwischen beklagten die Privaten in Süddeutschland zu geringe Reichweiten und Frequenzsplitting. In Baden-Württemberg seien von ursprüng-

lich 70 Lokalradios 19 regionale Radios mit 26 Veranstaltern übriggeblieben. Viele kleine Sender kämpften ums Überleben. Nicht von Außenpluralität, sondern von Vernichtungswettbewerb sei die Rede. Nach der Aufbauphase befände sich NRW jetzt in der Konzentrationsphase. Dieser habe das Kartellamt nicht entgegengewirkt. Auch die Bundesregierung sehe keine Gefahren. Überall, wo die Union die Medienpolitik verantworte, könnten sich Märkte entfalten. NRW wolle den publizistischen Wettbewerb ohne wirtschaftliche Konzentration fördern.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, kritisierte den seit drei Jahren ausstehenden Vollzug des Rundfunkgesetzes, das schludrig sei. Ob es in dieser Wahlperiode überhaupt noch privaten Lokalfunk gebe, bleibe offen. Aus ideologischen Gründen sei auf praktikable Modelle verzichtet worden. Seit 34 Monaten wurstele man herum. Die Leitung der Landesrundfunkanstalt treibe Schindluder mit ihren Möglichkeiten. Randgruppen schienen wichtiger als ein neuer Rundfunk. Ihre Tage seien gezählt.

Dr. Wilfried Heimes (CDU) stellte Unklarheit hinsichtlich der Antragsituation fest. Durch die Radio NRW GmbH werde das Zwei-Säulen-Modell auf den Kopf gestellt. Die von der Programmverantwortung fernzuhaltenden Verlage würden nun am Rahmen beteiligt. Der Monopolist WDR bestimme das Programm der Konkurrenten und bekomme außerdem die landesweite fünfte Kette. Woher solle da Vielfalt kommen? Die Kommunen säßen in Veranstalter- und Betreibergremien. Die SPD wolle einen zusätzlichen Regierungsfunk.

Abgeordnete fordern: Auf Bundesebene deutsch-polnisches Jugendwerk gründen

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 5. Oktober 1989 stand ein Bericht des Vorsitzenden des Landesjugendrings Nordrhein-Westfalen, Willi Brase, über die Versöhnungsfahrt des Landesjugendrings nach Warschau vom 30. August bis 3. September 1989, an der stellvertretend für den Ausschuß Erich Heckelmann (SPD), Ruth Hieronymi (CDU) und Andreas Reichel (F.D.P.) sowie der Ausschußvorsitzende Helmut Hellwig (SPD) teilgenommen haben.

Brase lobte die organisatorischen Leistungen der Partnerorganisationen in Polen und auch der deutschen Behörden sowie das Engagement der 850 mitreisenden Jugendlichen, die bis zuletzt inhaltlich auf die Reise vorbereitet wurden. Die Fahrt habe nicht nur dazu beigetragen, ein deutliches Zeichen der Versöhnung zu setzen, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb des Landesjugendrings zu stärken. Als Ergebnis der Reise sei zudem die Notwendigkeit eines deutsch-polnischen Jugendwerkes deutlich geworden.

Die Reise habe auch die Möglichkeit geboten, so Andreas Reichel (F.D.P.), Eindrücke über die wirtschaftlichen Probleme in Polen zu sammeln. Bedauert habe er ebenso wie

Ruth Hieronymi (CDU), daß eine der zentralen Veranstaltungen — die „Versöhnungsfete“ — wegen der geringer Teilnahme polnischer Jugendlicher nicht den gewünschten Erfolg hatte. Ruth Hieronymi (CDU) lobte die Initiative durch den Landesjugendring als die organisatorische Durchführung. Auch die Möglichkeit der Begleitung durch die Ausschußmitglieder sei positiv zu erwähnen. Erich Heckelmann (SPD) wies auf die gute Vorbereitung der Jugendlichen für die Versöhnungsfahrt hin. Die Fahrt stelle einen wichtigen Baustein gegen rechtsextremistische Tendenzen bei Jugendlichen dar; die bereits angekündigte Nachbereitung der Reise sei daher außerordentlich wichtig. Der Vorsitzende des Ausschusses, Helmut Hellwig (SPD), sprach seinen Dank an den Landesjugendring aus und ermutigte ihn, weitere politische, für die demokratische Entwicklung wichtige Veranstaltungen durchzuführen. Außerdem sprach sich der Ausschuß einstimmig für die Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes auf Bundesebene aus.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Ausschuß die Beratungen des Haushaltsgesetzes 1990 auf und nahm zunächst den einführenden Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD), entgegen. Der Minister wies darauf hin, daß die Förderansätze in den vergangenen Jahren im wesentlichen gleichbleibend waren oder wie 1989 bei den Ansätzen für Familienhilfe, für die außerschulische Jugendarbeit und für die Kindergärten außerordentlich gesteigert werden konnten. Auch für 1990 werde die Landesregierung beachtliche Leistungen zum Wohle

der Kinder, Jugendlichen und Familien erbringen. Die Politik für Kinder werde beispielsweise durch die Schaffung des Kindesbeauftragten verstärkt; positive Erwartungen setze man auch in den Titel „Innovative Familien- und Kinderpolitik“, mit dem neue Ideen in der Praxis erprobt werden sollen. Durch die Ansatzsteigerung bei der Förderung der Betriebs- und Investitionskosten im Bereich der Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen stünden im kommenden Jahr 713 Millionen Mark zur Verfügung. Dadurch könnten allein über die Investitionskostenförderung mindestens 8000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Durch die vorgesehene Erhöhung im Beratungswesen (1,1 Millionen Mark) sollen 15 weitere Fachberaterstellen in der Schuldnerberatung geschaffen werden. Durch diese Erhöhung könne die führende Stellung des Landes im Beratungswesen weiterhin ausgebaut werden. Im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe hätten sich sowohl die Ansatzförderung als auch die Instrumentarien „Offene erzieherische Hilfen“, Sozialpädagogische Familienhilfe“ und die „Brücken“ als sogenannte Diversionsmaßnahmen zur Vermeidung von Straftat und möglichst auch Strafverfahren bei jugendlichen Ersttätern bewährt. Letztere seien im Übrigen auch in den Gesetzentwürfen des Bundes zur Reform des Jugendhilferechts und des Jugendgerichtsgesetzes vorgesehen. Im Jugendschutz werde man, so Minister Heinemann, Schwerpunkte bei der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs unter Jugendlichen, bei der Eindämmung rechtsextremistischer und rassistischer Computerspiele und

Fortsetzung Seite 15

Beeindruckende Informationen für den Hauhaltsausschuß in Münster

Studentenrekord löst Freude und Besorgnis aus

Nach dem Besuch im Finanzamt Münster-Innenstadt (s. vorige Ausgabe) und dem beispielhaften Datenabruf von Steuerfällen, selbstverständlich unter Beachtung des Datenschutzes, auf Bildschirm und Leinwand faßte Dr. Kaßner (Oberfinanzdirektion Münster) zusammen: Die Arbeitslast sei an der absoluten Schmerzgrenze angelangt. Der personelle Fehlbestand betrage fast 14 Prozent. Ohne Automation sei die Besteuerung des Bezirks (147155 Einwohner, Steueraufkommen 1988: 1,3 Milliarden Mark) gar nicht mehr zu bewältigen.

Im nichtöffentlichen Teil der auswärtigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde unter anderem über eine Vereinfachung des Textes des Haushaltsgesetzes beraten. Das NRW-Haushaltsgesetz, so lautete die Stellungnahme des Finanzministers, sei eines der kürzesten; seine Überschaubarkeit solle gewährleistet bleiben. Der Ausschuß hielt die Anwendung des Gesetzes durch eine Fülle von Ergänzungen seit der letzten Überarbeitung der personalrelevanten Vorschriften vor sechs Jahren für erschwert und bat die Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“, eine Neufassung auf der Basis des Vorschlags des Gutachterdienstes der Landtagsverwaltung zu prüfen. Der Finanzminister wurde gebeten, dabei Hilfestellung zu leisten. Ziel einer denkbaren Neufassung ist eine klare Trennung der allgemeinen Regelungen zur Stellenführung von denen für die Inanspruchnahme künftiger wegfallender Stellen und für Besetzungs- und Beförderungssperren.

Vom „Supercoup“ der WestLB, der Fusion mit einer international tätigen Londoner Geschäftsbank, war nur in informellen Gesprächen am Rande des Ausschußbesuchs die Rede. Offiziell ließ sich der Ausschuß vom Generalbevollmächtigten Dr. Dieter Leister über „Erfahrungen der Investitionsbank NRW bei der Abwicklung öffentlicher Förderprogramme“ in einem mit vielen Daten und Tabellen gespickten Vortrag informieren. Leister zeichnete ein positives Bild der Geschäftsentwicklung seit Gründung der Investitionsbank NRW (IB) im November 1988. Das Darlehensvolumen bezifferte er auf 48 Milliarden Mark (ohne Zuschüsse), die Zahl der Mitarbeiter auf 538, davon 382 in der Wohnungsbauförderung. Zusammen mit Personal in Vorkostenstellen seien im Staatsbankbereich 700 Personen beschäftigt. Erweiterte Staatsbankaktivitäten kündigte Dr. Leister beim regionalen Projektmanagement, bei Beteiligungen an Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft, bei Sonderfinanzierungen an.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der kommunalen und regionalen Information. In der vom stellvertretenden Vorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) geleiteten Sitzung im Stadtweinhaus, sonst Tagungsstätte des Hauhaltsausschusses, berichteten nach der Begrüßung durch Oberstadtdirektor Dr. Pünder führende Persönlichkeiten der Stadt- und Universitätsverwaltung über wirtschafts- und haushaltsrelevante Aspekte der Westfalen-Metropole. „Die Hochschulen sind der wichtigste Wirtschaftsfaktor für die Stadt“, sagte Stadtkämmerer Professor Georg Milbradt und bezifferte die Zahl der Studierenden in Münster auf 53617, davon fünf Sechstel an

Sehr beeindruckt waren die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses bei ihrem Besuch in Münster am 5. und 6. Oktober von der Präsentation automatisierter Steuerbearbeitung im Finanzamt von einer ersten Arbeitsbilanz der Investitionsbank der WestLB und von der Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und Finanzlage der Stadt und ihrer Universität.



Im Friedenssaal des Rathauses von Münster wurden die Mitglieder des Haushaltsausschusses von der Bürgermeisterin (3. v.l.) begrüßt, v.l. Stadtkämmerer Professor Georg Milbradt, CDU-Sprecher Hartmut Schauerte, Bürgermeisterin Hildegard Graf, stellvertretender Ausschußvorsitzender Ulrich Schmidt (SPD), Finanzminister Heinz Schleußer, SPD-Sprecher Reinhold Trinius, Karl Trabalski, Günter Harms (beide SPD) und Peter Bensmann (CDU).
Foto: Presseamt Münster

der Universität, die im Wintersemester einen Rekord an Einschreibungen verzeichnet. 12600 Beschäftigte haben an den Hochschulen ihren Arbeitsplatz. Die aus den Hochschulen resultierende Kaufkraft wird mit einer Milliarde Mark pro Jahr veranschlagt. Trotzdem ist der Kämmerer nicht sorgenfrei. Bei einer Arbeitslosenquote von knapp zehn Prozent drücken Schulden und hohe Soziallasten die Haushaltsbilanz. Durch die Volkszählung wurde die Einwohnerzahl (270000) um 20000 verringert, was sich negativ auf die Zuweisungen und Zuschüsse aus dem Landeshaushalt auswirkt. In Anwesenheit des Finanzministers plädierte Professor Milbradt für eine stärkere Berücksichtigung der studentenbedingten Belastungen im Finanzausgleich. Als positiv führte er einen hohen Beschäftigungszuwachs an. Außer dem großen Anteil an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich (80 Prozent) schlage der Chemie-Standort Münster und „die heimliche Hauptstadt der Telekommunikation“ zu Buche.

Über Sparmaßnahmen bei der Personalwirtschaft berichtete Stadtrat Dr. Erich Lauhoff, dem der 744-Millionen-Mark-Haushalt obliegt. In den letzten zehn Jahren seien 2,8 Prozent der Stellen eingespart worden. Durch Umschichtungen mußte auch ein Teil der neuen Aufgaben personell abgedeckt werden. Neue Stellen wurden dennoch notwendig, vor allem im Umwelt- und Betreuungsbereich. Arbeitsverdichtungen und Teilprivatisierungen hätten, so sagte Dr. Lauhoff, zum Teil heftige Proteste ausgelöst. Als Maßnahmen zur Stelleneinsparung zählte er auf: Übertragung städtischer Sport-

anlagen auf Vereine, Intervallreinigung in Schulen und Büros, Zusammenlegung von Ämtern, Automation, Dreiviertelzeitbeschäftigung, Angebotsrücknahme, Reduzierung von Standards. Der Kraftaufwand habe sich gelohnt, aber auch einen Bedarfsstau erzeugt. Der bewährte Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt von rund 31 Prozent soll möglichst beibehalten werden. Vom Vortrag der Prorektorin der Universität Professor Maria Wasna waren sowohl die Ausschußmitglieder als auch Finanzminister Heinz Schleußer und Staatssekretär Dr. Haacke besonders beeindruckt. „Die ganze Universität ist eine Arbeitsbiene, aber sie ist kein Lieblingskind der Regierung“, rief sie bei der Aussprache über nicht erfüllte Stellenwünsche aus. Als erste Universität habe Münster von sich aus eine Kosten-Leistungsbilanz erstellt. Über Stellenumwidmungen müsse die Hochschule selbst entscheiden. In der Forschung gebe es enorme Konkurrenz. Höchstleistungen an Instituten dürften deshalb nicht durch Sparmaßnahmen behindert werden. Der Reparaturstau an Universitätsbauten (ohne medizinische Einrichtungen) habe ein Volumen von 79 Millionen Mark erreicht. Das „gewaltige Defizit“ in der Ausstattung der Universität habe jetzt ein bedrohliches Ausmaß erreicht, sagte die Prorektorin, was sowohl den Finanzminister als auch den Ausschuß nachdenklich stimmte. Einen freundlich-amüsanten Schlußakzent setzte beim Empfang im Friedenssaal des historischen Rathauses Bürgermeisterin Hildegard Graf mit treffsicheren Pointen zur Geschichte und Gegenwart der Westfalen-Metropole.

Anhörung kommunaler Spitzenverbände zu Gemeindefinzen 1990

Landschaftsverbände fordern Sonderzuschlag aus Steuerzuwachs

Wegen der Kostenexplosion beim Pflegepersonal und bei Sozialhilfeleistungen forderten die Sprecher der Landschaftsverbände bei der von Vorsitzendem Hans Wagner (CDU) geleiteten Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1990 am 4. Oktober, den erwarteten Zuwachs bei den allgemeinen Zuweisungen aufgrund höheren Steueraufkommens ihnen in voller Höhe zuzuschlagen.

Dank guter Einnahmen und ungebrochener Ausgabendisziplin, so führte namens des NRW-Städtetages Beigeordneter Schäfer aus, hätten Städte, Kreise und Gemeinden das Haushaltsjahr 1988 ohne Finanzierungsdefizite abschließen können. Der erfreuliche Trend scheine sich fortzusetzen. Künftiger Finanzbedarf ergebe sich vor allem aus Mehraufwand für die stationäre Pflege von Alten und Behinderten, für Jugendhilfe und Kindergärten, Arbeitslose, Altlasten- und Abwasserbeseitigung, für den öffentlichen Nahverkehr und Wohnraumbau. Erneute Eingriffe in die Automatik der Steuerverbände sollten zugunsten ungestörten Haushaltswachstums unterbleiben. Bei der Investitionspauschale solle das

Finanzbedarfskriterium Fläche ersatzlos wegfallen, forderte Schäfer. Beim Kraftfahrzeugsteuerverbund solle der kommunale Anteil endlich wieder in voller Höhe und pauschal zur Finanzierung der Straßenbaulast den Kommunen zugewiesen werden. Für Hochschulstädte solle über einen Studentenansatz bei der Berechnung von Zuweisungen nachgedacht werden. Beim Schulbau solle wieder die volle Fläche zuschufähig sein und ein pauschales Sanierungsprogramm erprobt werden.

Die Aufstockung der Verbundmasse des GFG 1990 entsprechend der tatsächlichen Steuermehreinnahmen forderte Erster Beigeordneter Heinrichs für den Städte- und Gemeindebund und wandte sich ebenfalls

gegen die Befrachtung des Kfz-Steuerverbands. Die Anhebung der Schlüsselzuweisungen um drei Prozent wurde von ihm begrüßt, ebenso wie der Mehransatz um 63 Millionen Mark für den Schulbau und der Investitionspauschale um 34,6 Millionen Mark. Die erheblichen Summen für Pflegekosten sollten nicht bei den Landschaftsverbänden aufgetürmt und dann wieder umgelegt, sondern ortsnäher verbucht werden.

Nach dreijähriger Stagnation nähmen die Kreise, so führte Beigeordneter Dr. Krämer für den Landkreistag aus, 1990 wieder an der Steigerung der Schlüsselmasse teil, das sei ein gutes Zeichen. Die Investitionspauschale werde von den Kreisen positiv aufgenommen, sie sei ein Signal des Landes für die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Die Kreise hätten seit Jahr und Tag mehr als 50 Prozent der Mehrausgaben der Landschaftsverbände zu tragen und befürchteten höhere Umlagen, wenn die Entwicklung bei den Sozialausgaben nicht vom Land aufgefangen werde. Insgesamt solle wegen der Folgekosten nicht so sehr der investive, sondern mehr der Verwaltungsteil der kommunalen Haushalte gestärkt werden.

Allein im Aufgabenfeld Sozialhilfe fehlten den Landschaftsverbänden, so erläuterte Erster Landesrat Esser, 311 Millionen Mark. Die Deckungslücke müsse außerhalb des kommunalen Steuerverbands durch einen namhaften Sonderbetrag aus dem erwarteten Steuermehraufkommen zur Finanzierung von stationär untergebrachten Pflegebedürftigen oder durch den vollen Zuschlag des Zuwachses bei den allgemeinen Zuweisungen ausgeglichen werden. Selbst dann würden die Landschaftsverbände an einer Erhöhung der Umlage nicht vorbeikommen. Eine deutliche Anhebung sei bei den Investitionen in den psychiatrischen Landeskliniken nötig.

In der anschließenden Aussprache kamen auch Sorgen der Kommunen über die wachsende Zahl der DDR-Flüchtlinge im Hinblick auf die Wohnungsnot zur Sprache. Vom Städtetag wurden dazu erhebliche Bundesmittel für dringend gehalten.



Die Pflege alter Menschen erfordert immer höhere Aufwendungen von Kommunen und Landschaftsverbänden für die Heimunterbringung und das Personal.
Foto: Diakonie Düsseldorf

Reformbestrebungen...

Fortsetzung von Seite 6

siedlern — ob der Ministerpräsident damit (wenn auch sprachlich eleganter) die „Hätschel-These“ seines Arbeitsministers habe bekräftigen wollen? Das müsse klargestellt werden. Im übrigen unterstütze seine Fraktion die geplanten Maßnahmen. Aber es wäre gut, wenn die Regierung sich um mehr Gemeinsamkeit bemühen und der Ministerpräsident das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsparteien wiederbeleben würde.

Dr. Diether Posser (SPD) verwahrte sich gegen das ständige Gegenüberstellen von Freiheit und Sozialismus. Damit meine die CDU die SPD, denn wenn sie die Alternative Freiheit oder Kommunismus aufstellen würde, hätte niemand etwas dagegen. Es sei aber eine Diffamierung, die Sozialdemokraten in die Nähe der Kommunisten rücken zu wollen: Sei doch erwiesen, daß die Sozialdemokraten von allen demokratischen Parteien die größten Opfer gegen Hit-

ler getragen hätten; „auch in der DDR haben wir die größten Opfer unter den politischen Gefangenen gehabt“. Wenn die CDU sage, sie sei die Partei der Freiheit, dann greife man das nicht an. Posser: „Aber ich sage: Die Sozialdemokraten waren in der ganzen Parteigeschichte von Anfang an eine Partei der Freiheit und des Friedens.“

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zeigte sich erfreut über die Möglichkeiten gemeinsamer Deutschland- und Ostpolitik. Er zeigte sich aber betroffen über die Infamie von Slogans wie „Dem Sozialismus laufen die Leute weg“ und der Feststellung, die Entwicklung in Osteuropa zeige auch, „daß der demokratische Sozialismus am Ende ist“. Das sei die Seite des Rituals, wo der politische Vernichtungskampf eingeübt werde. Manche vollmundige Ermunterung von Politikern hierzulande lasse die nötige Sensibilität für die Entwicklung und die Risiken der Lage in der DDR und anderen Ländern vermissen. Im übrigen sei er gern bereit, die Liste der Projekte den zuständigen Ausschüssen vorzulegen.

Dr. Bernhard Worms (CDU) bescheinigte der Debatte ein gutes Niveau, er unterstrich aber noch einmal seine negative Auffassung, „daß es irgendwann in dieser Welt einen wirklichen Sozialismus geben könnte“. Das sei und bleibe eine Utopie, denn überall dort, wo man geglaubt habe, mit dem jeweiligen gesellschaftlichen System eines Tages zum wirklichen Sozialismus zu kommen, habe man Schiffbruch erlitten.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, wies den Vorwurf zurück, die SPD habe sich nicht im üblichen Umfang an der Aktuellen Stunde des Vormittags beteiligt. Allerdings sei man der Meinung gewesen, daß diese Aktuelle Stunde angesichts der Regierungserklärung nicht mehr sinnvoll gewesen sei. Und was das angeblich unumgängliche Scheitern des Sozialismus angehe, so „sind wird davon überzeugt, daß es einen wahren Sozialismus nur geben kann, wenn er demokratisch ist. Genauso sind wir davon überzeugt, daß es eine wahre Demokratie nur geben kann, wenn ein wahrer Sozialismus erfüllt ist.“

Fehlbelegerabgabe

Regelung soll soziale Härten ausgleichen

Am 1. Januar 1990 wird die Fehlbelegerabgabe landesweit für alle in Frage kommenden Sozialwohnungen gelten, in denen Mieter wohnen, deren Einkommen oberhalb der Grenzen des sozialen Wohnungsbaus liegt. Gleichzeitig werden durch besondere Regelungen soziale Härten und Unbilligkeiten ausgeglichen, die sich aus der bisherigen Rechtslage ergeben haben. Dies beschloß der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter Vorsitz von Erwin Pfänder (SPD) am 4. Oktober auf Antrag der SPD-Fraktion. Die beiden anderen Fraktionen beteiligten sich nicht an der Abstimmung. (Siehe auch Seite 3).

Die nach Änderung des Bundesrechts möglich gewordene landesweite Erhebung der Fehlbelegerabgabe wird, wie SPD-Sprecher Volkmar Schultz erläuterte, besondere Belastungen der Mieter stärker als bisher berücksichtigen. Auch ist vorgesehen, daß Eigentümer einer selbstgenutzten Wohnung im eigenen Haus von der Entrichtung der Ausgleichsabgabe befreit werden, wenn der auf diese Wohnung entfallende Anteil der staatlich gewährten öffentlichen Mittel zurückgezahlt worden ist und der anteilige Zuschußbetrag nicht mehr gezahlt wird. Künftig soll vom Jahreseinkommen, das für die Berechnung der Abgabe maßgeblich ist, ein Betreuungsbetrag in Höhe von 3600 Mark für zum Familienhaushalt gehörende Angehörige abgezogen werden können, wenn die Betreuung wegen Krankheit oder berufsbedingter Abwesenheit erforderlich ist. Diese Regelung, so Schultz, begünstige Alleinerziehende, denen besondere Kosten für die Betreuung ihrer Kinder entstehen und solche Familienhaushalte, in denen eine pflegebedürftige Person in Familienpflege betreut wird. Der Betrag erhöhe sich auf 5400 Mark, wenn das zu pflegende Familienmitglied schwerbehindert ist. Eine weitere Änderung betreffe Familien, deren Pflicht zur Zahlung der Fehlbelegungsabgabe erst durch eine Ausbildungsvergütung des bis dahin schulpflichtigen Kindes begründet wird.

Künftig sollen 3600 Mark der Ausbildungsvergütung als Freibetrag berücksichtigt werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller Inhaber von subventionierten Wohnungen sollen ferner die Mieter von Landesbedienstetenwohnungen auch nach Ablauf des Besetzungsrechts zur Fehlbelegungsabgabe herangezogen werden können, und zwar bis das gewährte Wohnungsfürsorge-darlehen zurückgezahlt ist und damit die vertragliche Mietpreisbindung entfällt. Sprecher der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion kritisierten insbesondere, daß die Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion zu spät gekommen seien und daß somit eine eingehende Beratung nicht mehr möglich gewesen sei. Außerdem hätten sie es noch für sinnvoll angesehen, weitere Grundsatz- wie Einzelfragen zum Beispiel zu Regelungen in anderen Bundesländern und zur

Pressefotograf sagt aus: Rammstoß erst für normalen Unfall gehalten

Um die letzte Phase der Geiselnahme, ihre Beendigung durch Polizeikräfte auf der Autobahn bei Siegburg, ging es am 16. Oktober in der öffentlichen Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.). Der besondere Umstand dieser Zeugenvernehmung lag darin, daß diesmal kein „Fachmann“, sondern ein Außenstehender, der auf der Suche nach einer Story für die Lokalseite mehr oder weniger zufällig in die Geiselnahme geraten war, vor dem Ausschuß aussagte: Holger Arndt, Pressefotograf in der Redaktion Siegburg einer großen Bonner Tageszeitung.

Jener Tag habe als ganz normaler Arbeitstag begonnen, aus dem Südwestfunk habe er erfahren, daß sich die Geisellage auf das Verbreitungsgebiet zubewege. Darum habe er mit seinem Wagen auf einer Autobahnbrücke an der A3 „auf Verdacht“ Posten bezogen, um vielleicht ein Bild nach dem Motto „Auch auf Siegburger Gebiet hielten sich die Gladbecker Geiselnahmer auf“ zu schießen. Daraus wurden dann Aufnahmen, die nicht die Lokalseite zierten, sondern weiteste Verbreitung fanden.

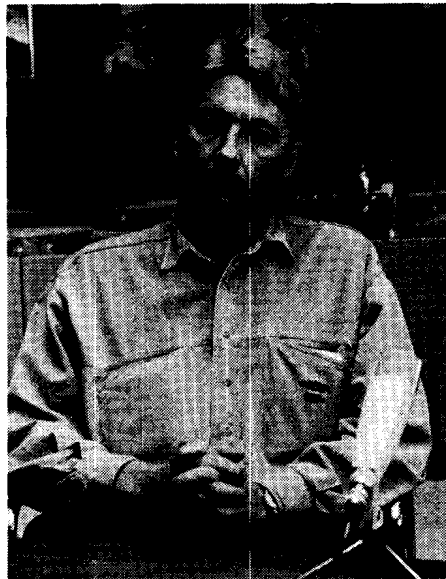
Als der Troß von Täter- und Verfolgungsfahrzeugen die Brücke unterquerte, hängte sich Arndt mit seinem Geländewagen an, fuhr an der Raststätte auf die Autobahn auf und war zuletzt nach seiner Schätzung 150

Meter vor dem Täterfahrzeug, das hinter einer Bergkuppe auf dem Standstreifen angehalten hatte. Die letzten Minuten schilderte der Fotoreporter dann so: Der BMW mit dem niederländischen Kennzeichen, in dem die drei Gangster und die beiden Geiseln saßen, habe an der Stelle etwa drei bis vier Minuten („eine Zigarettenlänge“) gehalten. Gerade als es wieder anfuhr, sei das erste Polizeifahrzeug aufgetaucht, habe das Täterfahrzeug, das bis dahin zwei, drei Meter gefahren war, hinten gerammt, sei zur Mitte geschleudert und auf der linken Spur zum Halten gekommen.

Dann sei alles sehr schnell gegangen. Polizisten seien aus diesem und weiteren nachgefolgten Personenwagen gesprungen und es habe ein etwa halbminütiges Feuergefecht gegeben. Die Täter seien herausgerzert und auf die Straße gepreßt worden. Er, Arndt, habe noch gesehen, wie die hintere Tür aufging und ein Körper leblos auf die Autobahn gefallen sei.

Als der erste Polizeiwagen das Täterauto gerammt habe, sei er von der Annahme ausgegangen, es handele sich dabei um einen „normalen“ Verkehrsunfall. Erst danach habe er Fotos gemacht. Während der Aufnahmen sei die Polizei auf ihn zugekommen, habe ihn „barsch“ des Tatorts verwiesen und unter Androhung von leichter körperlicher Gewalt die Kamera mit dem Film beschlagnahmt mit der Begründung, es seien auf dem Film „polizeitaktische Maßnahmen zu erkennen“. Den zweiten Film habe er erst herausgerückt, als später ein Anwalt zugegen gewesen sei.

Der Zeuge bestritt vor dem Ausschuß eine Meldung, er habe von der Polizei den Hinweis gehabt, daß der Zugriff unmittelbar bevorstehe. Es sei falsch, daß er dies erklärt haben solle. Seine beste Informationsquelle an diesem Tag sei der Südwestfunk gewesen, der Reporter mit Autotelefon im Einsatz gehabt habe.



Mit der Kamera dabei: Holger Arndt schoß die Aufnahmen vom Ende des Geiseldramas auf der Autobahn. Foto: Schüler

Kosten-Nutzen-Situation geklärt zu sehen. Aus diesen Gründen beteiligten sich beide Fraktionen nicht an der abschließenden Abstimmung, so daß der Gesetzentwurf einstimmig mit den Stimmen der SPD-Fraktion angenommen wurde, deren Sprecher zuvor auf die Eilbedürftigkeit im Hinblick auf die Vorbereitungen bei den Erhebungsstellen hingewiesen hatten.

In derselben Sitzung setzte der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen seine Haushaltsberatungen als Einzelberatungen fort und erörterte zahlreiche Grundsatz- und Einzelfragen. Bis zur abschließenden Sitzung Anfang November wurde das Ministe-

rium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr gebeten, eine Reihe von ergänzenden Unterlagen vorzulegen. Bei der Beratung des Bauhaushalts erinnerte Vorsitzender Erwin Pfänder daran, er habe bereits den Hinweis gegeben, daß es sinnvoll sei, alle Ausgaben der staatlichen Bauverwaltung in einem gesondertem Haushaltsband zusammenzufassen. Inzwischen liege ein von der zuständigen Abteilung erstelltes Probeexemplar vor. Pfänder äußerte die Erwartung, daß ab 1991 der Bauhaushalt in dieser Form auch zusammen mit dem Gesamtetat vorgelegt würde. Dem stimmten alle Ausschußmitglieder zu.

Etats der Ministerien weisen vielfältige Frauenförderung aus

Der Ausschuß für Frauenpolitik unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) informierte sich über direkte und indirekte Frauenförderungsmaßnahmen im Etat des Kultusministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie über Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der EG-Fonds.

Der Vertreter des Arbeitsministeriums stellte zunächst die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor. Die vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Hilfen und Angebote seien für Männer und Frauen gleichermaßen zugangsberechtigt, wobei jedoch jeweils ein angemessener Anteil auf die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit entfalle. Ausdrücklich angemessen zu berücksichtigen sei sie im Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ sowie im Programm „Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik“. Ausschließlich an Frauen richte sich das erstmals in 1989 aufgelegte Programm „Modellhafte arbeitsmarktpolitische Frauenprojekte und Modellmaßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen“. Frauen, die eine Wiedereingliederung nach der Familienphase anstreben, seien auch Zielgruppe der Förderung durch den Europäischen Sozialfonds. Hauptinstrument dieser Förderung seien Maßnahmen zur beruflichen Bildung, die durch Berufsberatung begleitet werden könnten. Die auf der Grundlage des entsprechenden Landesplanes gestellten Zuschußanträge lägen dem Bundesminister für Arbeit bereits vor; eine Entscheidung sei allerdings erst Ende dieses Jahres zu erwarten.

Die Belange von Frauen bei der Einführung neuer Technologien im arbeits- und lebensweltlichen Bereich fänden im Landesprogramm „Mensch und Technik“ Berücksichtigung.

Die Förderung der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolge bisher nicht ausdrücklich geschlechtergetrennt. Aus der Praxis heraus hätten sich jedoch einige Maßnahmen herausgebildet, die sich ausschließlich an Frauen richteten: Alphabetisierungskurse als Vorstufe zu Sprachkursen oder Brückenkurse zur Nutzbarmachung von im Heimatland erworbenen Kenntnissen für hiesige Berufsausbildungsgänge, sowie Näh- und Kochkurse und spezielle Kurse für sozialpflegerische Berufe. Eine derzeit in Arbeit stehende Untersuchung setze sich mit der Frage des Freizeitverhaltens türkischer Mädchen auseinander.

Trotz einer zunehmenden „Feminisierung des Alters“ würden, so der Vertreter des Ministeriums, für die konkrete Altenhilfe keine geschlechtsspezifischen Maßnahmen entwickelt, da mit der bisherigen staatlichen Förderung bereits auf geschlechtsbedingte Besonderheiten oder Schwerpunkte reagiert werden könne.

Zu den Frauenförderungsmaßnahmen zählten im weiteren im Rahmen des Titels „Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder“ die Förderung von ärztlichen Anlaufstellen gegen Vernachlässigung und Mißhandlung von Kindern, die Frauenberatungsstellen, die Familienbildungsstätten, die überproportional von Frauen in Anspruch genommen würden, sowie die Schwangerschafts-

beratung. Im Rahmen des Modellprogramms „Prostitution und Aids“ solle betroffenen Frauen auf Wunsch der Ausstieg aus der Prostitution erleichtert, aber auch minderjährige und gefährdete Menschen aus Heimen der Fürsorgeerziehung über die Gefahren von Aids informiert werden.

Von besonderer Bedeutung im Rahmen der Frauenförderungsmaßnahmen seien schließlich die Öffnungszeiten von Kindergärten. Es sei Ziel der Landesregierung, das Bewußtsein für flexible Öffnungszeiten weiterhin zu stärken, um die Zahl der Kindergärten mit flexibler Öffnungszeit (zur Zeit 6 000) weiterhin zu erhöhen und damit zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie beizutragen.

Personaltransfer

Die Vertreterin des Wirtschaftsministers wies darauf hin, daß gezielte Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Gleichstellung von Frau und Mann zunehmend zu einem Schwerpunkt der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes geworden seien. Die Förderung von qualifizierten Ausbildungsplätzen für Mädchen und Frauen und die Erweiterung ihres Berufswahlspektrums erfolge schwerpunktmäßig. Instrumente seien im wesentlichen: Berufsförderlehrgänge, Starthilfeprogramm, Mädchenprogramm, Ausbildungsverbände, Sonderausbildungsstätten, Sonderausbildungsgruppen sowie das Bund-Land-Sonderprogramm „Vollzeitschulische Berufsausbildung“.

Über das Zukunftsprogramm Montanregionen würden zwölf gleichstellungspolitische Projekte, insbesondere Kontakt- und Beratungsstellen „Frau und Beruf“ in Bochum, Dülmen, Gladbeck, Hamm, Hattingen, Herne, Lünen, Oberhausen, Recklinghausen, Unna und Witten bis Ende 1991 befristet gefördert. Zwei weitere Kontakt- und Beratungsstellen würden im Gemeinschaftsprogramm der EG zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren „RESIDER“ finanziert. Im Rahmen von „RESIDER“ werde auch die Förderung der Beratung erwerbswirtschaftlicher Beschäftigungsinitiativen insbesondere im Hinblick auf Existenzgründungen von Frauen gefördert. Über das Landeskreditprogramm Beschäftigungsinitiati-

ven „Modellförderung neuartiger erwerbswirtschaftlicher Unternehmensgründungen“ würden ebenfalls direkt oder indirekt Frauenbildungs- und Arbeitsplätze gefördert. Im Rahmen der Technologiepolitik würden gleichstellungspolitische Maßnahmen in Technologiezentren initiiert und gezielte Frauenförderung durch Bevorzugung im Rahmen der Förderung des innovationsbezogenen Personaltransfers betrieben.

Darüber hinaus werde ein Teil des Etats für die Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen zu gleichstellungspolitischen Vorhaben, insbesondere der Prüfung von Möglichkeiten gleichstellungspolitischer Maßnahmen im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe, verwandt. Die Vertreterin des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie machte abschließend deutlich, daß das Ministerium weitere direkte oder indirekte Frauenförderungsmaßnahmen, z. B. im Rahmen der Beratungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit, mit internen Personal- und Sachmitteln durchführe.

Der Kultusminister betreibe, so eine Vertreterin des Ministeriums, Frauenförderung zum einen durch gezielte Frauenförderungsmaßnahmen, zum anderen durch die präventive Arbeit in Schulen. Im Rahmen des Lehrerfortbildungsprogramms „Aus- und Fortbildung“ würden zahlreiche Fachtagungen, Seminare und Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Mädchenförderung in der Schule – Probleme der Koedukation, Mädchen in alle Berufe – Aspekte der Berufswahlvorbereitung, Mädchen und Chemieunterricht, Frauen und Mädchen am Computer, Frauen in Schulleitungsfunktionen, Frauensprache – Männersprache (Rhetorikkurse für Lehrerinnen) angeboten. Die Teilnahme an den Fortbildungsprogrammen sei auch Beurlaubten sowie Lehrerinnen und Lehrern, die nach der Beurlaubung ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hätten, möglich; darüber hinaus sei bei allen Veranstaltungen die Kinderbetreuung gewährleistet. Auch biete das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest neben allgemein zugänglichen Weiterbildungskursen spezielle Veranstaltungen für Frauen an.

Als sehr erfolgreiche indirekte Frauenförderungsmaßnahme habe sich das Telekolleg erwiesen. Derzeit seien Frauen zu 53 Prozent beteiligt (davon rund die Hälfte Hausfrauen), die Tendenz sei weiter steigend. Diese Lehrform schein den Bedürfnissen von Frauen besonders entgegen zu kommen.

Im Rahmen der EG-Modellversuche würden die folgenden vier Projekte gefördert: Die Ursachen für die Distanz der Mädchen zu den neuen Technologien werde im Rahmen des Projektes „Mädchen und neue Technologien“ untersucht, innerhalb der EG-Aktionsforschung zur Aufnahme der Chancengleichheit in die Lehrerbildung laufe ein Projekt zur „Erfassung und Erprobung von unterrichtspraktischen Materialien für die Lehrerfortbildung zum Thema Mädchen und Berufswahl“, das Projekt „Mädchen in Naturwissenschaft und Technik“ sowie ein Modellversuch zur Erweiterung der Entwicklungskompetenzen im Berufsfindungsprojekt von Mädchen und die Verbesserung der Berufschancen für Mädchen. Durch den

Fortsetzung Seite 15



Die F.D.P.-Landtagsfraktion ist nach Portugal gereist (siehe Seite 18). Dort fand ein Gespräch des portugiesischen Industrieministers Mira Amaral (2. v. r.) mit dem Vorsitzenden der F.D.P.-Landtagsfraktion Dr. Achim Rohde (l.) und dem Parlamentarischen Geschäftsführer, Hagen Tschoeltsch (2. v. l.), statt.

Künftig jedes Jahr Landesgartenschau

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Horst Steinkühler (SPD) am 5. Oktober die Einführung von Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) in den Haushaltsentwurf 1990 diskutiert und zu den Personalausgaben Stellung bezogen.

Für die CDU lobte Walter Neuhaus die „wohltuende“ Veränderung gegenüber früheren Einführungsreden, da diesmal der Minister nebeneinander die Leistungen der Landesregierung und der Bundesregierung für Landwirtschaft und ländlichen Raum aufgezeigt habe. Er habe allerdings nähere Hinweise auf den notwendigen Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Harmonisierungsdefiziten im Hinblick auf die besondere Herausforderung des zum Jahresbeginn 1993 geplanten einheitlichen Europäischen Binnenmarktes vermisst. Heinrich Meuffels (CDU) meinte, nicht so sehr die Harmonisierungsbestrebungen seien das Problem, sondern vielmehr die Frage, wie diese Bestimmungen eingehalten würden.

Zur Dorferneuerung teilte der Minister auf Frage von Herbert Heidtmann (SPD) mit, daß es seit 1986 in NRW 12,5 Millionen Mark, in Hessen 15,3, in Rheinland-Pfalz 10,3, in Baden-Württemberg 8,9 und in Schleswig-Holstein rund 3,9 Millionen Mark gewesen seien.

Für den Naturschutz habe das Land von 1986 bis 1988 nicht weniger als 240,1 Millionen aufgewendet. Die Vergleichszahlen für andere Länder: Bayern 95,8 Millionen, Baden-Württemberg 55,6 und Hessen 47,7 Millionen Mark. Ohne diesen „massiven Einsatz“, so der Minister weiter, wäre es nicht gelungen, in weiten Teilen des Landes zu einem geordneten Miteinander zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu kommen.

Zur Personalsituation in der Verwaltung für Agrarordnung wollte Neuhaus wissen, ob trotz des erheblichen Abgangs von 25 Stellen die Agrarverwaltung ihre Aufgaben ohne Beeinträchtigung erfüllen könne. Der Sprecher des Ministeriums bejahte dies: Es gehe gerade noch. Aber viel problematischer als die Stellenzahl sei die Altersstruktur in einzelnen Ämtern. Hier sei das Ministerium im Augenblick dabei, ein Konzept zu erarbeiten, wie die von der „Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne“ freigegebenen 30 Stellen sinnvoll eingesetzt werden können, um die strukturellen Probleme von Altersaufbau, technischem Dienst und Verwaltung so auszugleichen, daß die Ämter in sich arbeitsfähig seien.

Bei der Erörterung der Allgemeinen Bewilligungen griff Karl Knipschild (CDU) unter Hinweis auf die Landesgartenschau in Mülheim die Frage auf, ob inzwischen ein Entschluß zur Abkehr vom zweijährigen Rhythmus der Veranstaltung von Landesgartenschauen getroffen worden sei. Hier teilte Minister Matthiesen mit, das Kabinett habe beschlossen, ab 1994 die Landesgartenschau jährlich durchzuführen — und zwar abwechselnd zwischen den Landesteilen Rheinland und Westfalen. Darüber müsse aber noch mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Gartenbauernverbänden abschließend gesprochen werden.



„Tatort Fabrik — Das Rheinische Industriemuseum im Aufbau“ heißt eine Ausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland, Rheinisches Industriemuseum, die noch bis zum 26. Oktober im Foyer des Landtags zu besichtigen ist. Landtagspräsident Karl Josef Denzer (M.) erklärte bei der Eröffnung, den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe gebühre das Verdienst, zwei Industriemuseen geplant zu haben und ihre Realisation zu betreiben, welche in abgestimmten Konzeptionen die wichtigsten Branchen und Stufen der vorindustriellen und industriellen Entwicklungen im Lande Nordrhein-Westfalen darstellen sollten. Der Präsident folgte, Zusammenhänge mit aktuellen Diskussionen über Umstrukturierungsprozesse bestimmter Branchen und Regionen seien dabei unverkennbar. Gleichzeitig sehe er in diesen Projekten aber auch einen wichtigen Beitrag dazu, das öffentliche Bewußtsein für die Industriegeschichte des Landes zu stärken. Der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Dr. Jürgen Wilhelm (4. v.r.), berichtete, das sozial- und industriegeschichtlich orientierte Museum habe sich zu einem der bedeutendsten und umfangreichsten Projekte des Landschaftsverbandes Rheinland entwickelt. Die Ausstellung präsentiert auf Stellwand-Ensembles Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der acht Standorte des Rheinischen Industriemuseums. Diese sind das Deilbachtal in Essen-Kupferdreh, die Gesenkschmiede Hendrichs in Solingen, Altenberg Zink in Oberhausen, die Papiermühle Alte Dombach in Bergisch Gladbach, die Textilfabrik Brügelmann in Ratingen-Cromford, die Textilfabrik Ermen und Engels in Engelskirchen, die Tuchfabrik Müller in Euskirchen-Kuchenheim sowie die Zeche Rheinpreußen in Duisburg-Homberg. Das Bild zeigt links neben Denzer Kultusminister Hans Schwier (SPD), ganz links den CDU-Abgeordneten Toni Schröder sowie rechts neben Wilhelm den SPD-Abgeordneten Dr. Manfred Dammeyer, Museumsleiter Dr. Jörn Christiansen und den Abgeordneten Dr. Eugen Gerritz (SPD).

Foto: Schüler

Jugendwerk ...

Fortsetzung von Seite 10

der Eindämmung problematischer Spielautomaten sowie in den Bereichen Okkultismus, Spiritismus und Satanismus setzen. Der Aufgabenbereich Jugendarbeit werde durch die im Ländervergleich weit herausragende Förderung aus dem Landesjugendplan, der sich im Jahre 1990 zum vierzigsten Male jährt, geprägt. Schwerpunkte in 1990 stellten die Förderung der (neugestalteten) offenen Jugendarbeit mit einem Ansatz von 73,4 Millionen Mark sowie die Sozialpädagogischen Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf (Jugendberufshilfe), wo trotz Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach wie vor ein Handlungsbedarf bestehe.

In der Diskussion forderte Ruth Hieronymi (CDU) die Landesregierung auf, einen Teil der zu erwartenden Steuermehreinnahmen auch für den besonderen Bedarf im Bereich Kinder, Jugend und Familie zu verwenden und insbesondere das Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen zu erhöhen. Die vorgesehenen Steigerungsraten im Kindergartenbereich seien nicht ausreichend, da die Erhöhung nicht am tatsächlichen Bedarf gemessen sei. Darüber hinaus forderte sie erneut die Einführung des Landeserziehungsgeldes.

Der Sprecher der Fraktion der F.D.P., Andreas Reichel, sprach sich für deutlichere Akzente zugunsten der Kindertageseinrichtungen für die unter Dreijährigen aus. Hier bestehe auch nach Auffassung der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann eine eklatante Unterversorgung.

Zur Kindertagesituation führte der Sprecher der Fraktion der SPD, Erich Heckelmann, aus, daß sie in NRW vorbildlich sei, aber trotzdem noch nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stünden. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die CDU im Rahmen der Novellierung des Jugendhilferechtes die Verantwortung auf die Länder verlagern wolle.

Frauenförderung ...

Fortsetzung von Seite 14

Europäischen Sozialfonds würden darüber hinaus zwei Projekte gefördert, die sich mit der beruflichen Qualifizierung im Bereich der neuen Technologien vorrangig für weibliche Jugendliche und Frauen auseinandersetzen.

Auch im Bereich des Sports, so die Vertreterin des Kultusministers, sei Frauenförderung wichtig, weil Mädchen und Frauen zunehmend sportlich aktiver würden. Entsprechend bilde die Förderung von Mädchen und Frauen einen Schwerpunkt in der zweiten Modellphase des Projektes „Breitensportentwicklung in Nordrhein-Westfalen“. Darüber hinaus unterstütze man die Bemühungen des Landessportbundes, einen Mädchen- und Frauenförderplan zu erstellen.

Auch im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung seien bereits einige frauenspezifische Projekte, z. B. Ausstellungen und Veranstaltungen, unterstützt worden.

Der Ausschuß für Frauenpolitik wird sich demnächst mit den direkten oder indirekten Frauenförderungsmaßnahmen im Geschäftsbereich der Wissenschaftsministerien auseinandersetzen.

Ausschuß erörtert die Lage der chinesischen Studierenden im Lande

Stipendien werden weitergezahlt – Verträge aber liegen auf Eis

Von besonderem Interesse war für den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, der in seiner Sitzung am 5. Oktober unter Vorsitz des Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) auch die Beratung zum Haushalt 1990 aufnahm, die Situation der chinesischen Studenten und Wissenschaftler an den deutschen Hochschulen, vor allem in Nordrhein-Westfalen.

Die Quintessenz: Allen chinesischen Studenten an den Hochschulen im Lande ist im Rahmen des Möglichen geholfen worden. Mittelfristig ist für alle chinesischen Studenten gewährleistet, daß sie ihr Studium zu Ende führen können. Die Frage, inwiefern hier für 1990 höhere Landesmittel veranschlagt werden müßten, bedarf noch der Klärung. Zum Zeitpunkt des Höhepunkts der Studentenunruhen in China Anfang Juni 1989 studierten in Nordrhein-Westfalen insgesamt 877 Angehörige der VR China, davon gefördert aus Mitteln des Landes 45, durch Mittlerorganisationen 112, durch die VR China 73, als Selbstzahler oder von dritter Seite (Verwandte, Wirtschaft) 647. Die Zahl der Wissenschaftler beträgt insgesamt 56, wovon 30 mit Landesmitteln gefördert werden.

Bei einem Gespräch mit Vertretern chinesischer Studierender am 8. Juni 1989 im Landtag hatte die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), zusammen mit den wissenschaftspolitischen Sprechern der Fraktionen, den Abgeordneten Franz-Josef Kniola (SPD), Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) und Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), den chinesischen Studierenden schnelle Hilfe des Landes zugesagt.

Im Einvernehmen mit der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe „China“ wurden die Hochschulen und sonstigen Einrichtungen im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung mit Erlaß vom 7. Juni 1989 aufgefordert, folgendes zu beachten:

1. Alle mit Einrichtungen der VR China bestehenden Verträge werden aufrecht erhalten. Die Erfüllung dieser Verträge wird aber bis auf weiteres ausgesetzt; jede vertragliche Leistung, die noch abgewickelt werden soll, ist einzuhalten. An bereits aus Landesmitteln geförderte chinesische Stipendiaten sind die Stipendien jedoch weiter zu zahlen.
2. Neue Verträge werden bis auf weiteres nicht abgeschlossen.
3. Deutsche Wissenschaftler und andere Experten sowie Studenten, die sich zur Zeit in der VR China aufhalten, sollen unverzüglich aus der VR China ausreisen.
4. Reisen deutscher Wissenschaftler und Studenten in die VR China sind bis auf weiteres zu unterlassen.

Gleichzeitig sind die Akademischen Auslandsämter gebeten worden, sich dieses Personenkreises besonders anzunehmen. Punkt 4 dieses Erlasses wurde so geändert, daß keine Bedenken mehr gegen Kontakte von Experten mit Hochschulen und Behörden in der VR China bestehen und das Reiseverbot in die VR China aufgehoben wurde. Kontakte auf hocharangiger Ebene sollen jedoch weiterhin unterbleiben.

Aus Gesprächen und Informationen habe sich ergeben, daß chinesische Studierende, die zunächst nicht in die VR China zurückkehren möchten, vor allem Sorgen wegen der Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis hätten und ihren weiteren Studienaufenthalt vorrangig durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren wollten. Diesem Anliegen habe der Innenminister des Landes durch Anweisung an die Ausländerbehörden, bis auf weiteres eine jeweils auf sechs Monate befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, Rechnung getragen.

In der Diskussion im Ausschuß zeigte sich auch die besondere Bedeutung, die die Ausschußmitglieder dem Fachhochschul-Projekt in Ningbo, in der chinesischen Provinz Zhejiang, beimaßen. Die Abwicklung des 1985 zwischen der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin und der chinesischen Provinz Zhejiang geschlossenen befristeten Abkommens, beim Aufbau der Fachhochschule in Ningbo zu helfen, ist nach Bestätigung des Ministeriums personell wie materiell (insgesamt wurde etwa eine Million Mark zur Verfügung gestellt) gesichert und abgeschlossen. Eine Fortsetzung des damit erfüllten Vertrags sei allerdings im Hinblick auf die Beschlußlage der Landesregierung, die ihre partnerschaftlichen Beziehungen zur VR China auf die beiden Provinzen Sichuan und Jeangsu beschränkt habe, nicht möglich. Abgeordneter Kniola hätte es vor diesem Hintergrund als begrüßenswerter empfunden, nicht nur zeitlich befristete Aktivitäten zu entfalten, sondern ein Konzept vorzuhalten, das über längere Zeit trage.

Projekt FH Ningbo

Ausschußvorsitzender Schultz-Tornau bewertete es als bedauernd, wenn die Aufbauarbeit in Ningbo nicht weiter fortgeführt werden könnte. Von der verständlichen Zurückhaltung abgesehen, wären Kontakte gerade auf wissenschaftlicher Ebene am ehesten geeignet, einen Beitrag zu leisten, die Verhältnisse in China zum Besseren zu wenden. Er könne für alle Ausschußmitglieder den Eindruck festhalten, daß Ningbo im Kern eine sehr gute Sache sei und Nordrhein-Westfalen es dort mit sehr guten Partnern zu tun habe, weshalb auch in Zukunft etwas geschehen müsse.

Professor Posdorf sah es bei dieser einvernehmlichen Position für erforderlich an, äußerst subtil an diese Angelegenheit heranzugehen, gerade weil man es hier mit einem stark emotionalen Bereich zu tun habe. Kniola stellte zusammenfassend fest, daß Ningbo im Auge zu behalten, zunächst aber Distanz zu wahren sei. Es wäre letztendlich fatal, würden vorläufige Maßnahmen von China so gewertet, daß die Vorfälle auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ ohne Wirkung hierzulande geblieben seien.

Die Einzelberatungen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 1990 (Einzelsplan 06 – Minister für Wissenschaft und Forschung) wird der Ausschuß, der zunächst einen ausführlichen Einführungsbericht durch Staatssekretär Dr. Konow entgegennahm, in seiner nächsten Sitzung durchführen. Einige wesentliche Daten, die zum Haushaltsplanentwurf vorgetragen wurden, sind etwa eine Ausgabensteigerung um fast 256 Millionen Mark gegenüber 1989 auf insgesamt 6,338 Milliarden Mark. Dies bedeutet eine Steigerungsrate von 4,2 Prozent.

Besonders erfreulich sei, daß sich die in den Hochschulkapiteln veranschlagten Drittmittel um rund 53 auf 453 Millionen Mark erhöht hätten, was eine beachtliche Steigerung von fast 16 Prozent bedeute. 48 Prozent des Ausgabevolumens entfallen auf Personalausgaben. Insgesamt sollen mit dem Haushaltsentwurf 1990 für den Hochschulbereich zusätzlich 591 Stellen ausgebracht werden. Davon 87 Stellen im Zuge des Hochschulsonderprogramms.



Bei einem Besuch des Versuchsbetriebes „Wiesengut“ zeigte sich der Arbeitskreis für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der SPD-Landtagsfraktion beeindruckt von der Forschungstätigkeit und den jetzt schon vorzeigbaren Ergebnissen, die das Institut für organischen Landbau der Universität Bonn auf dem Gebiet einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft leistet. Professor Dr. Köpke (3. v.l.) informierte den Arbeitskreis mit seinem Vorsitzenden Johannes Gorlas (M.) über Strategien zur naturnahen Unkrautbekämpfung durch Sortenwahl, Anbauverfahren und Saatgutqualität.

„Differenziertes Widerspruchsrecht“ gegen Melderegisterauskunft umstritten

Spitzenverbände sehen Regelung als unpraktikabel an

Willi Pohlmann (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung, hatte Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zu einem Sachverständigengespräch im Rahmen einer nicht-öffentlichen Sitzung eingeladen. Gegenstand der Erörterungen waren zwei dem Ausschuß überwiesene Gesetzentwürfe zur Änderung des Melderegistergesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Sachverständigen nahmen noch einmal Stellung zu den Entwürfen der Landesregierung und der Fraktion der F.D.P. und wandten sich dabei hauptsächlich gegen das von der Landesregierung vorgeschlagene „differenzierte Widerspruchsrecht“ des Bürgers gegen Auskünfte aus dem Melderegister an bestimmte Parteien. Eine solche Regelung sei unpraktikabel, wenn dem Bürger nicht schon frühzeitig bekannt sei, welche Parteien zur Wahl antreten. Auch sei zu verhindern, daß aus dem Melderegister Schlußfolgerungen auf den Ausgang von Wahlen gezogen werden könnten. Der Zweck des Melderegisters sei keinesfalls, Präferenzen für bestimmte Parteien zu speichern.

Der innenpolitische Sprecher der Fraktion der SPD, Egbert Reinhard, möchte die Kommunalverwaltungen mit einer unpraktikablen Formulierung nicht in Schwierigkeiten bringen. Wolfgang Riotte, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, hält es für besser, dem Bürger sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu Lasten der Praktikabilität eines Gesetzes und zum Preis von etwas mehr Bürokratie einzuräumen. Er schlug vor, den Innenminister zu verpflichten, eine bestimmte Zeit vor der Wahl bekanntzugeben, welche Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerber zur Wahl antreten, andererseits die Frist zur Entgegennahme des Widerspruchs auf eine bestimmte Zeit vor der Wahl zu beschränken.

Die Fraktion der CDU erhob datenschutzrechtliche Bedenken und ihr Sprecher, Heinz Paus, kündigte einen Antrag auf Streichung des „differenzierten Widerspruchsrechts“ an.

Der Ausschuß beriet außerdem den Einzelplan des Innenministers aus dem Entwurf des Haushaltsplans für das kommende Jahr. Die Fraktionen verdeutlichten dabei ihre Positionen und gingen besonders auf die Personalsituation und die Mittelansätze im Bereich der Polizei sowie der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst ein.

- Egbert Reinhard möchte für seine Fraktion
- die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Erstellung des angekündigten Gutachtens eines Privatunternehmens zur „Funktionsbewertung Polizei“ sichern,
 - bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß und dessen Arbeitsgruppe „Stellenpläne“ klarstellen lassen, daß sich die neunmonatige Beförderungssperre nicht negativ auf die nach Ablauf der Sperrfrist möglichen Ersatzbeförderungen auswirkt,
 - die Beförderungschancen der Lebensäl-

- teren sogenannten Weyerlinge im Polizeidienst — wie im Vorjahr — verbessern,
- einen angemessenen Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung,
 - Fortsetzung des mehrjährigen Programms zur sukzessiven Verbesserung der Personallage bei der Kriminalpolizei,
 - im investiven Bereich die notwendigen Baumaßnahmen bei der Kreispolizeibehörde Mettmann sowie der Polizeibehörde in Gelsenkirchen-Buer voranbringen sowie
 - die Relation der haupt- zu den nebenamtlichen Dozenten an der Fachhochschule für den öffentlichen Dienst zugunsten der hauptamtlichen Lehrkräfte korrigieren.

Heinz Paus vermißte demgegenüber im Haushaltsentwurf

- die Verstärkung des Mittelansatzes für die Polizeizulage, deren Erhöhung zu erwarten sei,
- die Verstärkung der Mittel für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ sowie
- den Ansatz von Planungskosten für den

— dringend notwendigen — Neubau der Landeskriminalschule.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) hielt auch die gegenwärtige Situation in der Landeskriminalschule für eine „Zumutung für die Lehrgangsteilnehmer“. Im übrigen könnte nach ihrer Auffassung der Haushaltsplan „wie Altpapier behandelt werden“, da sich im Einzelplan des Innenministers die Umsetzung der von ihm angekündigten Programme nicht widerspiegeln.

Der Ausschuß befaßte sich abschließend mit einem Antrag der Fraktion der F.D.P. zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei sowie mit den Konsequenzen, die sich aus einem von einer Privatfirma erstellten Gutachten „Kommunikationsanalyse für den Bereich Polizei“ ergeben könnten.

Willi Pohlmann kündigte an, alle Initiativträger der Fraktionen, die im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit stehen, werde der Ausschuß nach Abschluß der Haushaltsberatungen in einer Sitzung schwerpunktmäßig behandeln.



Der italienische Vizeaußenhandelsminister Paolo del Mese (M.) hat in Begleitung des italienischen Generalkonsuls Dr. Daniele Occhipinti (l.) Landtagspräsident Karl Josef Denzer (r.) einen Besuch abgestattet. Del Mese hielt sich anlässlich der Anuga in Nordrhein-Westfalen auf. Das Bild zeigt ihn in Begleitung seiner Ehefrau (2. v.l.) und einer Dolmetscherin (2. v.r.).
Foto: Schüler

Lippe feiert: 40 Jahre Landesverband

In diesen Tagen hat eine ganze Reihe von Veranstaltungen begonnen, mit denen der Landesverband Lippe sein 40jähriges Bestehen feiert. Er verwaltet — parlamentarisch kontrolliert — das Erbe des ehemaligen Fürstentums Lippe, das zwischen den beiden Weltkriegen ein „Freier Staat“ war und im Jahre 1947 als dritter Landesteil nach Nordrhein-Westfalen kam.

Basis dieses Anschlusses waren die bis heute gültigen „Punktationen“, die in langwierigen Verhandlungen zwischen dem damaligen lippischen Landespräsidenten Heinrich Drake und der nordrhein-westfälischen Landesregierung zustande kamen. Zwei Jahre später wurde der Landesverband gegründet, der seither die Besitzer des ehemaligen Fürstenhauses verwaltet.

Zu dieser Mitgift, die durch Drakes Verhandlungsgeschick den rund 400000 als ebenso sparsam wie eigenständig angesehenen Lippern erhalten blieben, zählen stattliche Domänenhöfe, große Wälder, geschichtsträchtige Schlösser und Burgen, archäologisch interessante Bodendenkmäler, geologische Raritäten wie die Externsteine, ein renommiertes Theater, eine eigene Landesbibliothek, saubere Gewässer und — last but not least — die beiden lippischen Heilbäder Salzuffeln und Meinberg.

Die „Lippischen Jubiläumswochen“, die Mitte Oktober auf Schloß Brake, dem Sitz des Landesverbandes, ihren Anfang nahmen, sollen all diese Sehenswürdigkeiten, die ohne beträchtliche Zuschüsse aus der Landeskasse nicht zu erhalten wären, interessierten Bürgern inner- und außerhalb des lippischen Raumes nahebringen.

SPD-Fraktion

Mißtrauen abbauen und das Trennende überwinden

SPD-Fraktionschef Prof. Dr. Friedhelm Farthmann hat nachdrücklich die Auffassung vertreten, daß Gespräche und Begegnungen zwischen den Menschen aus beiden deutschen Staaten auf allen Ebenen richtig und nötig seien. Nur so ließen sich Mißtrauen und Mißverständnisse abbauen, und nur so lasse sich das Trennende überwinden.

Farthmann schrieb dies in einer Grußbotschaft an die Stadt Unna. Dort wurde in einer Ratssondersitzung die Städtepartnerschaft zwischen Unna und der DDR-Stadt Döbeln besiegelt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hatte diese Partnerschaft durch seine Kontakte zur DDR vermittelt.

In seinem Briefen zitierte Farthmann aus Michail Gorbatschows Buch:

„Wir müssen zusammenkommen und miteinander reden. Wir müssen die Probleme im Geist der Bereitschaft zur Zusammenarbeit anpacken, und nicht im Geist der Feindseligkeit.“

Diese Worte, so Farthmann, hätten ihre Gültigkeit auch für die Beziehungen zwischen den Städten Döbeln und Unna. Er wünsche dieser Partnerschaft einen guten Start und ein herzliches Glückauf.

★

Nordrhein-westfälische Gemeinden sollen künftig mehr Entscheidungsspielraum haben, wenn über die Zulassung des sogenannten Freiluftausschanks, etwa von Biergärten, entschieden wird. Das hat die SPD-Landtagsfraktion beschlossen.

An warmen Sommerabenden nehmen viele Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit wahr, im Freien zu speisen oder in geselliger Runde zu trinken. „Das kann mitunter die Nachtruhe der Nachbarn von Gaststätten stören“, bemerkte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gerhard Wendzinski. Deshalb sei der Außenausschank zwischen 22 und 6 Uhr verboten. Der Bedarf aber sei sehr hoch; zudem beginne die allgemeine Sperrfrist für Schank- und Speisewirtschaften erst um ein Uhr.

Ein Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen sei aber nur innerhalb einer Gemeinde möglich. Deshalb sollen die Städte durch eine erweiterte Fassung des Landesimmissionsschutzgesetzes in die Lage versetzt werden, nach Prüfung der örtlichen Lage leichter als bisher Ausnahmeregelungen zuzulassen. Eine liberalere Lösung, so Gerhard Wendzinski, bringe auch ein Stück mehr Lebensqualität in die Städte des Landes.

CDU-Fraktion

Transrapid schnell verwirklichen

Die zügige Verwirklichung einer ersten nationalen Anwendungsstrecke für die Magnetschwebebahn „Transrapid“ hat Heinz Hardt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, nachdrücklich vom Bundesverkehrsminister gefordert. Hardt sieht sich hierbei durch die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden bestärkt, die auf ihrem Treffen vom 4. bis 6. Oktober in Rottach-Egern Hardts Vorschlag für eine baldige Anwendungsstrecke als erstes Teilstück einer nationalen Gesamtstrecke einstimmig unterstützt hatten.

„Es wäre geradezu ein Aberwitz, wenn jetzt durch die Zustimmungsverweigerung des Bundesverkehrsministers diese Ausbaustrecke vorerst nicht verwirklicht werden könnte“, so Hardt. Der Verkehrsexperte betonte dabei, daß die erste Anwendungsstrecke des Transrapid in einem Zwei-Stufenmodell zwischen Essen und Bonn hergestellt werden solle. „Dabei muß zunächst die Verbindung zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn realisiert werden“, erklärte Hardt weiter. Dies sei nur konsequent, schließlich habe sich auf der Ruhrgebietskonferenz vom 24. Februar 1988 bereits der Bundeskanzler für eine verbesserte Verbindung zwischen den beiden Airports eingesetzt.

★

Tarifverträge für Leiharbeiter: Mehr rechtlichen und sozialen Schutz für die 28 500 Leiharbeiter in Nordrhein-Westfalen hat die CDU-Landtagsfraktion gefordert. Wie der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, erklärte, sei es dringend notwendig, Tarifverträge für Leiharbeiter abzuschließen, um den Leiharbeitern die gleiche Rechtssicherheit wie den übrigen Arbeitnehmern zu verschaffen. Forderungen nach einem generellen Verbot der Leiharbeit, wie sie der NRW-DGB-Vorsitzende Mahlberg erst kürzlich erhoben habe, gingen dagegen an den Flexibilitäts-Bedürfnissen der Wirtschaft und den Flexibilitäts-Interessen der Arbeitnehmer völlig vorbei.

Arentz weiter: „Der DGB muß bei dem Thema Leiharbeit endlich seine ideologischen Scheuklappen ablegen. Statt ein Verbot der Leiharbeit zu fordern, sollte er besser endlich seine Weigerung aufgeben, Tarifverträge für Leiharbeiter abzuschließen.“ Wenn sich Leiharbeiter heute in einem tarifrechtlich ungesicherten Zustand befänden, hätten sie das einzig und allein dem dogmatischen Starrsinn der DGB-Führung zu verdanken. Schwere Versäumnisse beim Schutz der Leiharbeiter warf der CDU-Abgeordnete auch der SPD-Landesregierung vor. Arentz: „Angesichts einer Reihe von schwarzen Schafen in dieser Branche ist eine Kontrolle hier besonders notwendig. Die chronische Unterbesetzung der Gewerbeaufsicht in NRW führt aber zu riesengroßen Schlupflöchern, die die Seelenverkäufer in der Leiharbeitsbranche ausnutzen.“

Angesichts des wachsenden Flexibilitäts-Bedarfs in der Arbeitswelt sei es besonders wichtig, daß auch für Zeitarbeit der gleiche soziale und gesundheitliche Schutz wie für alle anderen Arbeitnehmer garantiert werde.

F.D.P.-Fraktion

F.D.P.-Landtagsfraktion in Portugal

Zu politischen Gesprächen mit der portugiesischen Regierung und der portugiesischen Schwesterpartei PSD reiste die F.D.P.-Landtagsfraktion in den Herbstferien nach Portugal (siehe auch Seite 14). In der Academia Internacional Liberdade e Desenvolvimento (Intern. Akademie für Entwicklung in Freiheit) auf der Quinta da Ribafria in den Bergen von Sintra und im ehrwürdigen Palácio de São Bento, dem portugiesischen Parlamentsgebäude, führte die F.D.P.-Landtagsfraktion Gespräche mit dem Fraktionsvorsitzenden der PSD, Dr. Montalvo Machado, dem Industrieminister Mira Amaral, dem Minister für Handel und Tourismus, Dr. Joaquim Ferreira do Amaral, und Staatssekretären der verschiedenen Ministerien. Darüber hinaus besuchte die Delegation das Wahlkampfquartier der PSD für die Kommunalwahl in Lissabon und sprach mit dem Kandidaten der PSD für das Oberbürgermeisteramt, Prof. Marcelo Rebelo de Sousa. Die Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, Prof. Dr. Vitor Pereira Crespo, und dem Minister für Jugendfragen, Prof. Antonio Conto dos Santos, widmeten sich nicht nur den Fragen der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit, sondern auch dem Erfahrungsaustausch der deutsch-portugiesischen Parlamentarier.

Im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Graf York zu Wartenburg wurden nicht nur deutsch-portugiesische Fragen angesprochen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der DDR informierte der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland intensiv über das Verhältnis zum Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik und dessen Probleme in dieser europäischen Hauptstadt.

Die F.D.P. konnte sich davon überzeugen, daß Portugal nicht das Armenhaus Europas ist. Portugal hat sicherlich Schwierigkeiten, an die wirtschaftliche Entwicklung der großen Industrieländer der EG anzuknüpfen. Allerdings legten gerade die portugiesischen Freunde Wert darauf, ihren eigenständigen, für Portugal charakteristischen Weg zu gehen. Zum ersten Mal (!) in der portugiesischen Geschichte seit Ausrufung der Republik im Jahre 1910 konnten die Liberalen in Portugal mit der Regierungsbildung von 1986 eine Regierung stellen, die über eine gesamte Legislaturperiode in Verantwortung stand. Damit ist die Hoffnung auf mehr Stabilität in Portugal sicherlich begründet.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.



Der Arbeitskreis Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der CDU-Landtagsfraktion informierte sich über aktuelle Probleme der Sägeindustrie in einem Betrieb in Nettersheim. Vertreter des Verbandes der Sägeindustrie Nordrhein-Westfalen standen dem Arbeitskreis zur Diskussion zur Verfügung.

Hilfsbereitschaft

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Fragestunde auf eine Dringliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz hin unterstrichen, man müsse sich davor hüten, daß „in unserer Gesellschaft“ der Eindruck aufkomme, die Gruppe der Menschen aus der DDR, aber auch aus anderen osteuropäischen Staaten werde bevorzugt und die andere benachteiligt. Im übrigen habe die Bundesregierung diese Gefahr auch längst erkannt. Nichts anderes habe sein Kollege, der Arbeits- und Sozialminister des Landes, Hermann Heinemann (SPD), sagen wollen. Heinemann habe recht, wenn er darauf hinweise, daß Übersiedler auf dem Arbeitsmarkt nicht bevorzugt werden dürften. Rau sagte: „Unsere Hilfsbereitschaft gilt allen in unserem Land.“ Er schloß: „Wir sollten diesen Menschen helfen, indem wir ihnen neue Perspektiven aufzeigen und sie für verlorene Lebenschancen wenigstens etwas entschädigen.“

Kein Stimmenanteil

In der Berichterstattung über die Kommunalwahl in „Landtag intern“ Nr. 16 ist irrtümlich den Republikanern in Detmold ein Stimmenanteil zugeschrieben worden. Richtig ist dagegen, daß die Republikaner im Kreis Lippe, zu dem Detmold gehört, nicht angetreten sind.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Sein Berufsweg unterscheidet sich deutlich von dem der meisten Kollegen im nordrhein-westfälischen Landtag: Nach Besuch der Volksschule absolvierte Hans-Joachim Kuhl, F.D.P.-Abgeordneter aus Kamp-Lintfort, erfolgreich eine Mechanikerlehre. Als nächstes folgte die Ausbildung als Werkzeugmacher mit Gesellenprüfung. Nach Erlangung der Fachschulreife kam für den Niederrheiner nach eigenem Bekunden eine „flippige Zeit“, zwei Jahre lang verdiente er seinen Lebensunterhalt als Discjockey. Bei der Bundeswehr kam er zu den Fallschirmspringern und nach Abschluß des Wehrdienstes wollte er zur Kripo — doch sie hatte Einstellungsstopp. So entschied sich der Freidemokrat für die Berufsfeuerwehr. Bis zu seiner Wahl in den Landtag 1985 war er als Brandmeister in Krefeld tätig.

Die damalige sozial-liberale Koalition unter Führung von Brandt und Scheel „imponierte“ Hans-Joachim Kuhl und führte ihn 1972 in die F.D.P. Persönliches Engagement brachten den Liberalen in mehrere Parteiämter: So ist er Vorsitzender des F.D.P.-Ortsverbandes Kamp-Lintfort und gehört dem Landeshauptauschuß der NRW-F.D.P. sowie dem Bezirksvorstand Niederrhein an.

Schon früh galt sein Interesse der Kommunalpolitik. So stellte er sich mehrere Jahre als sachkundiger Bürger dem Stadtrat und auch dem Kreistag in Wesel zur Verfügung. Als bei der Kommunalwahl 1979 die F.D.P. nach langjähriger Abstinenz wieder in den Kamp-Lintforter Rat kam, beriefen ihn seine Kollegen zum Fraktionsvorsitzenden. 1984 wieder aus dem Kommunalparlament ausgeschieden, stellt Hans-Joachim Kuhl auch heute noch Wissen und Erfahrung dem Weseler Kreistag als sachkundiger Bürger zur Verfügung.

Nach einem vergeblichen Anlauf 1980 schaffte der Freidemokrat fünf Jahre später über die Landesreserveliste seiner Partei den Sprung in den Düsseldorfer Landtag. Als wohnungs- und städtebaupolitischer Sprecher seiner Fraktion findet er auch bei den beiden anderen Parteien Aufmerksamkeit. Die Liberalen beriefen ihn in den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, den Ausschuß für Grundsicherheit und in die Kommission Mensch und Technik. Als stellvertretendes Mitglied gehört er auch dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales an. Dem damaligen Untersuchungsausschuß Neue Heimat gab der heute 39jährige deutliche Impulse.

Der F.D.P.-Abgeordnete hält die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung für perspektivlos, weil „sie sich nur nach dem nächsten Wahltermin richtet“. Statt dessen fordert er eine Kontinuität in der staatli-



Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.)

chen Förderung. Bauwirtschaft und private Bauwillige brauchten verlässliche Daten über den geplanten sozialen Wohnungsbau. Nur so sei es ihnen möglich, das notwendige Kontingent an frei finanzierten Wohnungen zu ermitteln. Wenn dieses Verfahren in der Vergangenheit praktiziert worden wäre, gäbe es trotz Aussiedlerstroms nach seiner Auffassung die derzeitigen Wohnungsprobleme kaum. In einem anderen Bereich hat Hans-Joachim Kuhl bereits etwas bewegt. Nicht zuletzt auf seinen persönlichen Anstoß haben alle drei Fraktionen im Landtag die Landesregierung aufgefordert, ein eigenes Ingenieurkammer-Gesetz vorzulegen. Sein Anliegen ist es, daß dieses Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet wird. Der Liberale hält es zur Abwendung möglicher Wettbewerbsnachteile der deutschen Ingenieure im künftigen EG-Binnenmarkt für erforderlich und hofft darüber hinaus, daß sie durch diese Initiative im eigenen Land mehr selbstverantwortlich tätig werden können. Die Parlamentsarbeit macht dem F.D.P.-Abgeordneten viel Spaß, auch wenn sie ihn mehr als zunächst vermutet beansprucht. Als Landtagsabgeordneter einer kleinen Partei sei man zudem nicht nur für den eigenen Wahlkreis „zuständig“, sondern von vielen Kreis- und Ortsverbänden gefragt, meint der gebürtige Niederrheiner vom Jahrgang 1949. Und wenn den Abgeordneten der Opposition auch die „großen Erfolge“ versagt bleiben, den Menschen vor Ort helfen zu können, ist für ihn eine lohnende Aufgabe. Daher sucht der Freidemokrat auch intensiv die Gespräche mit den Bürgern. Bei der Landtagswahl im nächsten Jahr möchte Hans-Joachim Kuhl wieder für das Düsseldorfer Plenum kandidieren.

Wenn nach der Politik noch Zeit für Familie und Hobby bleiben, entspannt sich der Freidemokrat bei Tennis und Büchern. Gern würde er auch wieder aktiv Handball spielen. Doch bei dieser „Absichtserklärung“ dürfte es noch länger bleiben.

Jochen Jurettko

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 9. bis 25. 11. 1989

- 11. 11. **Ludgerus Hovest** (SPD), 39 J.
- 12. 11. **Rudolf Drese** (SPD), 57 J.
- 14. 11. **Jürgen Thulke** (SPD), 51 J.
- 16. 11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 38 J.
- 17. 11. **Hagen Müller** (SPD), 45 J.
- 18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU), 55 J.
- 22. 11. **Karl Heinz Kenn** (SPD), 63 J.
- 22. 11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 55 J.
- 22. 11. **Karl Ernst Strothmann** (CDU), 61 J.
- 24. 11. **Norbert Burger** (SPD), 57 J.
- 25. 11. **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD), 59 J.

★

Adolf G. Retz, SPD-Landtagsabgeordneter, ist zum Landrat des Kreises Düren gewählt worden. Retz ist der erste Sozialdemokrat nach dem Krieg, der dieses Amt im Kreis Düren bekleidet. Er erhielt 28 Stimmen: Das entspricht den Fraktionsstärken von SPD (25 Sitze) sowie F.D.P. (drei Sitze), die eine Listenverbindung eingegangen waren. Der bisherige Landrat und frühere CDU-Landtagsabgeordnete **Johannes Kaptain** mußte sein Amt wegen der Niederlage seiner Partei bei der Kommunalwahl am 1. Oktober auf den Tag genau nach 25 Jahren an die SPD abgeben.

★

Willi Pohlmann, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung, ist als Oberbürgermeister der Stadt Herne bestätigt worden. In Köln ist **Norbert Burger**, SPD-Landtagsabgeordneter, mit den Stimmen von SPD und CDU, die nicht mit dem rechten Spektrum gemeinsame Sache machen wollte, ebenfalls als Oberbürgermeister wiedergewählt worden.

★

Fritz Pawelzik, Sekretär des CVJM-Westbundes und für dessen „Weltdienst-Arbeit“ zuständig, hat mit einer Delegation von Mitarbeitern des afrikanischen YMCA-Ghana, die Gäste bei ihren deutschen CVJM-Partnervereinen waren, auch dem Landtag einen Besuch abgestattet und ist gemeinsam mit den Afrikanern von Landtagspräsident **Karl Josef Denzer** empfangen worden. Unter den Gästen aus Ghana waren auch, wie berichtet, einige Nachwuchskräfte der Gewerkschaft. Fritz Pawelzik hatte den Besuch aus Ghana organisiert.

★

Dr. Eberhard Sauter, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, hat aus den Händen des Präsidenten des Landesrechnungshofs, Professor **Dr. Eberhard Munzert**, das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse entgegenge-

nommen. Sauter ist seit dem 1. August 1988 Vizepräsident. Zuvor arbeitete er im NRW-Finanzministerium und war dort über mehrere Jahre persönlicher Referent des Finanzministers.

Das waren Zeiten...

Über „weltrekordverdächtige“ Zeiten berichtete „Landtag intern“ auf Seite 12 seiner letzten Ausgabe: Über eine Distanz von vier Kilometern seien beim Parlamentarier-/Prominentenlauf in Düsseldorf Mitte September Zeiten um neun Minuten erreicht worden. Das kam einigen Lesern spanisch vor und sie machten die Redaktion aufmerksam. Die ermittelte, daß der Veranstalter aus organi-

satorischen Gründen vor dem Start die Distanz von den angekündigten vier auf etwa 2,5 Kilometer reduzierte; die erreichten Zeiten geben also die Leistungen der Teilnehmer auf dieser Distanz wieder. Leider schlug sich diese Änderung nicht in der Ergebnisliste nieder, die der Redaktion zur Verfügung stand. Wir bitten die Leserinnen und Leser, diesen Fehlstart nicht gleich mit der Disqualifikation zu ahnden, zumal der Dopingtest der Redaktion negativ verlief...

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Am 1. Oktober ist die Eröffnungsausstellung des Weserrenaissance-Museums in Schloß Brake bei Lemgo, die unter dem Titel „Renaissance im Weserraum“ seit dem 22. April 1989 lief, zu Ende gegangen. 51000 interessierte Besucher aus nah und fern sahen die rund 900 präsentierten Objekte aus allen kulturgeschichtlichen Bereichen, wobei rund die Hälfte der Ausstellungsgegenstände als Leihgaben zur Verfügung gestellt worden war. — Das Bild zeigt im Vordergrund drei Fragmente des Epitaphs der Familie von Stöckheim (um 1590–1600). Das Grabmal stammt aus der um 1870/80 abgebrochenen Kirche zu Irminseul bei Alfeld und wurde von dem Hildesheimer Bildhauer Ebbert Wolff d.J. (gestorben 1608) geschaffen. Im Hintergrund: Das Bildnis Ernst von Redens (1579) von Ludger tom Ring d.J. (1522–1584) aus Münster.